

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TUR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 11. Dezember 1964

Blatt 3192

Die Arbeit des neuen Gemeinderates

=====

Antrittsrede von Bürgermeister Jonas nach seiner Wiederwahl

11. Dezember (RK) Nach der Konstituierung des Gemeinderates, der neuerlich Franz Jonas zum Bürgermeister von Wien wählte, hielt dieser folgende Antrittsrede:

"Der neugewählte Gemeinderat, der heute zu seiner Konstituierung zusammengetreten ist, hat mich zum Bürgermeister von Wien wiedergewählt. Sie, meine sehr geehrten Mitglieder des Gemeinderates, bringen mir dadurch ein großes Vertrauen entgegen, für das ich Ihnen aufrichtig danke. Ich verbinde damit das Versprechen, dieses Vertrauen zu rechtfertigen, da es mich ebenso stark bindet wie das heute abgelegte Gelöbnis. Ich erlaube mir, Ihnen auch im Namen der anderen Damen und Herren des Präsidiums des Gemeinderates herzlich zu danken. Auch sie fühlen sich verpflichtet, das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen und ihre Aufgaben im Interesse der Stadt Wien und ihrer Bevölkerung zu erfüllen.

Mit der heutigen Konstituierung ist der Gemeinderat in seine verfassungsmäßigen Rechte eingetreten und damit beginnt eine neue Periode der demokratisch gewählten Volksvertretung in Wien. Das erste Geschäftsjahr seiner Wirkung, 1965, ist ausgezeichnet durch einige Gedenktage, die für die Republik Österreich und für die Bundeshauptstadt Wien von großer geschichtlicher Bedeutung sind.

./.

Zwanzig Jahre Zweite Republik - Zehn Jahre freies Wien

Es jährt sich zum zwanzigsten Male der Tag des Kriegsendes und der Wiedererrichtung der Republik Österreich und es sind zehn Jahre seit der Unterzeichnung des Staatsvertrages verfllossen. Ein Rückblick auf diese beiden Daten läßt uns erkennen, wie lang und erfolgreich der Weg ist, den wir seit damals zurückgelegt haben. Wir sind manchmal in der Gefahr, daß uns in der glücklicheren Gegenwart unsere Wünsche zu rasch oder zu weit vorausseilen, daß wir ungeduldig werden, weil nicht alle Bedürfnisse auf einmal befriedigt werden können. Wir sollten uns manchmal zurückerinnern an die Jahre der Ruinen und des Hungers und an die zehnjährige Besetzung durch die vier Alliierten. Sosehr wir uns über jeden Fortschritt freuen, weil er als eine Frucht unserer gemeinsamen Arbeit allen zugute kommt, sosehr müssen wir uns auch bemühen, uns den Blick für das Maß und für die Wertung unserer Bedürfnisse nicht trüben zu lassen. Eine solche Betrachtungsweise hilft uns, mit den Schwierigkeiten unserer Entwicklung eher fertig zu werden und auf dem Boden der realen Tatsachen zu bleiben.

Es besteht leider auch die Gefahr, weil anscheinend die früheren Sorgen geschwunden sind, daß in der Öffentlichkeit über Lebensfragen unserer Republik und unserer Stadt nicht mehr mit dem gleichen Verantwortungsbewußtsein geurteilt wird. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit sollte nicht nur in schweren Zeiten das feste Bindeglied für unsere österreichische Gemeinschaft sein, sondern auch dann, wenn wir durch Fleiß und glückliche Umstände aus der Not herausgekommen sind. Die bitteren Erfahrungen, die wir Österreicher in den vergangenen Jahrzehnten durchleben mußten, mögen uns allen ein warnendes Beispiel und eine Mahnung sein. Der meteorhafte Aufstieg Österreichs nach dem zweiten Weltkrieg war nur möglich, weil über alle trennenden und teilenden Faktoren hinweg in Lebensfragen unseres Staates das Gemeinsame über alles andere gestellt wurde. Diese Erkenntnisse mögen im Gedenken an 1945 neue Kraft gewinnen und in unserem Volk das Verantwortungsbewußtsein für das Schicksal unserer Republik stärken. Als Bundeshauptstadt

darf Wien an der Schwelle des Gedenkjahres 1965 an alle Österreicher einen Appell zur Besinnung und zum vorbehaltlosen Bekenntnis zu Österreich richten und damit die Bitte verbinden, alle unsere Kräfte für einen weiteren glückhaften Aufstieg unseres Landes zu vereinigen. Arbeiten hierfür sind in Hülle und Fülle vorhanden!

Mit der Zeit gehen - vorausschauend planen!

Der rasche Aufschwung und das beschleunigte Tempo der Entwicklung halten glücklicherweise an und so können wir uns in Wien für die fünf Jahre der beginnenden Arbeitsperiode wieder Aufgaben vornehmen, die wohl große Anstrengungen von uns erfordern, unserer Stadt aber wirksame Vorteile und der gesamten Bevölkerung eine Erleichterung und Verbesserung ihres Lebens bringen werden. Wir dürfen uns die Kraft zutrauen, wieder große Aufgaben ins Auge zu fassen, weil in den vergangenen Jahren finanzielle, technische und organisatorische Leistungen vollbracht wurden, an denen wir unsere Möglichkeiten für die nächsten fünf und zehn Jahre ablesen können.

Bereits während der nächsten Tage wird das Budget der Stadt Wien für das Jahr 1965 beraten werden, von dem wir hoffen, daß es wieder in einen mehrjährigen Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden eingebaut werden kann. Aus dem Umfang des Budgets und aus der Vielfalt der Aufgaben werden wir wieder die wirtschaftliche Bedeutung und die Entwicklungstendenzen unserer Gemeindeverwaltung erkennen können.

So wie in anderen Städten hat sich auch in Wien die Entwicklung auf verschiedenen Gebieten sehr stark beschleunigt. Es tauchen neue Aufgaben und Verpflichtungen, aber auch neue Wünsche und Bedürfnisse auf. Die Stadtverwaltung kann sich überdies auch den Einflüssen nicht entziehen, die von außen her auf sie einwirken, sei es aus innerösterreichischer oder internationaler Sicht. Allen diesen Tendenzen muß unsere Stadt mit der größten Aufmerksamkeit gegenübertreten, aber vor allem muß man sich vor dem Gedanken hüten, daß man die Dinge an sich herankommen lassen kann. Damit wären wir

schon von vornherein zum Stillstand verurteilt und verlören überdies den Anschluß an die moderne Entwicklung. In unserem wissenschaftlichen und technischen Zeitalter haben wir mit modernen Methoden die Struktur unserer Stadt in jeder Hinsicht zu prüfen und zu kontrollieren, mit dem Zustand der Vergangenheit zu vergleichen, um auch die Veränderungen zu erfassen, die in längeren Zeiträumen eintreten. Das Ergebnis all dieser analysierenden Tätigkeiten muß letzten Endes dann zu konkreten Plänen und Vorschlägen führen.

In den letzten Jahren hat die Gemeinde Wien einige wichtige Gebiete in dieser Hinsicht in Bearbeitung genommen. Obwohl in den zuständigen Magistratsabteilungen außerordentlich wertvolle fachliche Arbeit geleistet wird, hat die Gemeindeverwaltung zusätzliche beratende Körperschaften und Institutionen geschaffen, die es erlauben, auch jene Interessenten und Experten zur Mitarbeit einzuladen, die nicht dem Magistrat angehören.

Oberstes Ziel: Arbeit für alle

Ich erlaube mir, dem Gemeinderat in diesem Zusammenhang jene Aufgaben in großen Zügen aufzuzeigen, die schon jetzt für die bevorstehende fünfjährige Arbeitsperiode des Gemeinderates voraussehbar sind und die sich als notwendig und wünschenswert erweisen. Gleichzeitig gebe ich dem Wunsche und der Hoffnung Ausdruck, daß es uns gelingen möge, diese Aufgaben ohne Störung von außen zu erfüllen, damit die weitere Entwicklung unserer Heimatstadt planmäßig vor sich gehen kann. Die Grundlage des wirtschaftlichen Aufschwunges unseres Landes und unserer Stadt war das Bemühen aller berufenen Kreise, die Vollbeschäftigung zu erhalten. Deshalb stelle ich an die Spitze unserer Aufgaben die Fortsetzung aller unserer Bemühungen, die auf eine möglichst wirksame Arbeitsbeschaffung gerichtet sind. Der bescheidene Wohlstand, den wir uns erarbeitet haben, ist eine Frucht der Arbeitsbeschaffung. Die wirtschaftlichen Grundlagen der Familien sind wesentlich sicherer als zuvor, weil durch die gezielte Investitionspolitik Dauerarbeitsplätze geschaffen werden, die sowohl dem Arbeitgeber wie auch dem Arbeitnehmer ein Planen auf längere Sicht ermöglichen. Die besseren Grundlagen der ge-

werblichen Wirtschaft und die Vollbeschäftigung heben aber nicht nur die Konsumkraft, sondern auch die Steuerkraft der gesamten Wirtschaft, wodurch wieder die vermehrte Fortsetzung der Investitionstätigkeit ermöglicht wird. Diese Entwicklung soll nun von der Gemeinde auch in Zukunft tatkräftig gefördert werden.

Integrations-Planung und Wirtschaftsförderung

Falls es zu dem angestrebten Integrationsprozeß kommen wird, soll Wien den Ereignissen nicht unvorbereitet entgegentreten müssen, und deshalb ist bereits in diesem Jahr von der Gemeinde Wien in Zusammenarbeit mit den wirtschaftlichen Körperschaften unserer Stadt die 'Koordinationsstelle für Integrationsfragen' geschaffen worden, die die Probleme der Integration vom Wiener Gesichtspunkt genauestens prüft und Lösungsvorschläge erstatten wird. Das ebenfalls mit anderen Interessenten gegründete 'Institut für Standortberatung' soll die Ansiedlung von Wirtschaftsbetrieben in Einklang zu den Stadtplanungsnotwendigkeiten bringen, damit Fehlinvestitionen und städtebaulich unerwünschte Betriebsansiedlungen vermieden werden. Die Widmung und Aufschließung von Industriegebieten mit allen ihren Möglichkeiten der Entmischung dichtverbauter Stadtteile soll fortgesetzt werden.

Die bereits eingeführten Kreditaktionen der Stadtverwaltung werden weiterhin dazu dienen, daß Gewerbe, Handel und Fremdenverkehr die Modernisierung ihrer Betriebe auch in Zukunft fortsetzen können. Der zunehmende Fremdenverkehr, als Folge des gesteigerten Lebensstandards in allen Industrieländern, ist in seiner wirtschaftlichen Bedeutung gleichwertig neben die anderen großen Wirtschaftssektoren unseres Landes getreten. Der Deviseneingang aus dem Fremdenverkehr erreicht heuer ein noch nie dagewesenes Ausmaß, nämlich 12,8 Milliarden Schilling. Bei einer ruhigen internationalen Entwicklung ist eine weitere Steigerung auf diesem Wirtschaftsgebiet mit Sicherheit zu erwarten. Daß Wien nach dem zweiten Weltkrieg auch in dieser Beziehung wieder große Fortschritte erzielen konnte, wollen wir mit Genugtuung registrieren.

Wir dürfen uns aber mit dem Erreichten nicht zufrieden geben, denn auch im Sektor des Fremdenverkehrs ist die internationale Konkurrenz groß.

Wir haben bereits zwei Einrichtungen, die unsere Bemühungen, Wiens Position in der internationalen Entwicklung zu sichern, sehr erfolgreich unterstützen, und zwar die Wiener Internationale Messe und die Wiener Festwochen. Es ist selbstverständlich, daß wir diesen Einrichtungen aus wirtschaftlichen und kulturellen Gründen weiterhin eine möglichst wirksame Förderung angedeihen lassen werden.

Die Situation auf dem Wohnungssektor

Obwohl die Wohnungsnot in unserer Stadt schon eine gewisse Milderung erfahren hat, wird das Wohnbauprogramm der Gemeinde doch weiterhin eine der größten und dringendsten Aufgaben bleiben müssen. Durch die eigene Bauleistung der Gemeinde wurden nach dem zweiten Weltkrieg mit einem Aufwand von Milliardenbeträgen fast 80.000 Wohnungen gebaut, womit die Wohnungsnot von ihrer Schärfe viel verloren hat. Dazu kommen noch die Gemeindeleistungen für den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, für das Wohnbauförderungsgesetz 1954, deren Aufgaben durch Kredite der Gemeinde Wien gefördert werden, und zur Neuen Wiener Wohnbauaktion, die vom Gemeinderat im Jahre 1958 erstmals beschlossen und nach ihrem Ablauf heuer durch Beschluß des Gemeinderates fortgesetzt wurde. Durch diese mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohnbautätigkeit soll auch in Zukunft die Erbauung möglichst vieler genossenschaftlicher Wohnungen und Eigenheime gesichert werden.

Der letzte mir zugekommene Ausweis der Magistratsabteilung 50 besagt, daß sich an der Zahl der bei der Gemeinde Wien vorgemerkten Wohnungswerber doch einiges ändert. Im Jahre 1959 meldete ich dem Gemeinderat, daß 10.860 sehr dringende und 25.800 dringende Fälle, zusammen also 36.660 Bewerbungen vorliegen. Mit Anfang Dezember 1964 ergibt sich folgendes Bild: sehr dringende Fälle sind 5.990, dringende Fälle 23.750, zusammen also 29.740 Bewerbungen. Im Vergleich zu 1959 ergibt sich doch schon eine Verminderung um rund 7.000 Bewerbungen. Wenn man bedenkt, daß die übergroße Zahl der Bewerbungen auf den sogenannten qualitativen Wohnungsmangel zurückzuführen ist, so kann man, im ganzen gesehen, doch schon einen Fort-

schritt und eine Lockerung feststellen. Aber es bleibt sehr verständlich, daß die Bewohner von schlechten und kleinen Wohnungen, in denen man wohl schon Kühlschranks und Fernsehapparat, aber noch kein Wasser und keine sanitären Einrichtungen hat, in neue und zeitgemäße Wohnungen übersiedeln möchten. Es hängen damit so viele Probleme der Hygiene, der Kindererziehung und des gesunden Familienlebens zusammen, daß niemand daran denken kann, die Wohnbautätigkeit einzuschränken. Und deshalb wird die Gemeindeverwaltung auch in Zukunft alle Anstrengungen darauf richten, nicht nur weiterhin durch Förderungskredite den genossenschaftlichen und Eigenheimbau zu unterstützen, sondern auch in einem eigenen Wohnbauprogramm neuen Wohnraum zu schaffen. In der abgelaufenen Arbeitsperiode hat die Gemeinde direkt und indirekt mehr als 48.000 Wohnungen schaffen können, und es wird notwendig sein, in den kommenden fünf Jahren eine ähnliche Leistung zu erreichen. Nachdem durch die Initiative der Stadt Wien die Montage-Baugesellschaft gegründet wurde, sollte die Erfüllung eines solchen Wohnbauprogrammes noch eher möglich sein. Die Montage-Baugesellschaft hat ihre ursprünglich gedachte Kapazität voll erreicht, die ersten tausend Wohnungen in Neu-Kagran wurden heuer bereits ihrer Bestimmung übergeben. Es ist geplant, in dem für den weiteren Ausbau vorgesehenen südlichen Teil von Wien einen zweiten Betrieb für die Montagebauweise zu errichten, so daß die Vorteile dieser Bauweise in noch stärkerem Ausmaß für die Wohnbautätigkeit in Anspruch genommen werden können. Die Gemeindeverwaltung verabsäumt es aber nicht, neben der Schaffung neuen Wohnraumes auch die Erhaltung und Aufwertung des bestehenden Wohnraumes zu ermöglichen. Für die Renovierung und Modernisierung von privaten Althäusern wurden bisher Kredite in der Höhe von 1.050 Millionen Schilling vergeben. Die Ergebnisse dieser Aktion machen sich im Stadtbild sehr wohltuend bemerkbar. Es ist selbstverständlich, daß die Gemeindeverwaltung diese Kreditaktion in Zukunft fortsetzen wird.

Noch immer kein Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz

Ich muß daran erinnern, daß die vom damaligen Bundeskanzler Raab in der Regierungserklärung vom 17. Juli 1959 angekündigten Maßnahmen gegen Wohnungs- und Bodenwucher leider noch immer nicht verwirklicht sind. Die 'Kosmos'-Affäre zum Beispiel zeigt, daß die Ausbeutung der Wohnungssuchenden sich verschiedener Methoden be-

dient, vor denen die Bevölkerung durch gesetzliche Maßnahmen geschützt werden muß.

Die Veränderungen in der bevölkerungspolitischen Struktur in Verbindung mit den Bedürfnissen der jungen und der alten Wiener müssen zu Veränderungen in der Wohnungsplanung und in der Bautechnik führen. Man darf nicht vergessen, daß der größte Teil der Wiener Wohnungen vor dem ersten Weltkrieg gebaut wurde, als die durchschnittliche Lebenserwartung der Wiener Bevölkerung 45 Jahre betrug, während sie jetzt schon zirka 70 Jahre beträgt. Hierzu kommt noch, daß sich in unserer modernen sozialgerechten Gesellschaft die Auffassungen von den Rechten und der gesellschaftlichen Stellung der alten Menschen sehr geändert haben. Auf diesem Gebiete haben die Gemeinde Wien und der Österreichische Städtebund durch regelmäßige Abhaltung von Enqueten erfolgversprechende Wege beschritten und praktische Folgerungen gezogen, die weit über das hinausgehen, was in anderen Städten als sogenannter 'Alten-Plan' vorgeschlagen wird.

In den vergangenen Jahren hat die Gemeinde bereits in einigen Bezirken kleinere und größere Wohnviertelsanierungen vorgenommen. Diese Arbeit muß in den kommenden Jahren womöglich verstärkt fortgesetzt werden. So sehr es verständlich ist, daß die großen Wohnhausbauten der Gemeinde und der Baugenossenschaften auf unverbauten Gründen an der Peripherie der Stadt aufgeführt werden und damit gleichzeitig auch die Notwendigkeit der Auflockerung der dichtverbauten Stadtteile berücksichtigt wird, so wäre es doch nicht zu verantworten, daß sich an dem baulichen Zustand der Innenbezirke nichts ändert. Die moderne bauliche Gestaltung der Außenbezirke muß Hand in Hand gehen mit der Erneuerung der inneren Bezirke, ansonsten unser städtebauliches Konzept eine schwere Einbuße erleiden würde. Aus hygienischen, verkehrsmäßigen und bevölkerungsmäßigen Rücksichten muß diese Sanierung vorwärtsgetrieben werden, wobei in begründeten Einzelfällen historisch wertvolle Objekte erhalten bleiben sollen. Vom Standpunkt der längst fälligen Sanierung dieser Stadtteile erweist sich die Erlassung eines Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes als zwingend notwendig und deshalb will ich beim heutigen Anlaß an die gesetzgebenden Körperschaften und an die Bundesregierung den dringenden Appell

richten, die schon einige Male in Regierungserklärungen zugesagte Verabschiedung dieser Gesetze endlich zu ermöglichen.

Moderne Spitäler, neuer Großmarkt und Generalverkehrsplan

In einer ähnlichen Rangordnung bewegen sich jene Aufgaben der Stadtverwaltung, die aus der Modernisierung des Gesundheits- und Spitalwesens erwachsen. Wir können froh sein, daß die gemeinsame Aufgabe des Bundes und der Gemeinde, das Allgemeine Krankenhaus durch moderne Neubauten zu ersetzen, im abgelaufenen Jahr endlich zu konkreten Ausführungsarbeiten gekommen ist, die in den folgenden Jahren zügig fortgesetzt werden können. Aber damit ist nur ein Teil der Fragen gelöst. Die Entwicklung, die sich aus dem medizinischen Fortschritt, aber auch aus den gesundheitlichen Bedürfnissen der Wiener ergibt, verlangt zusätzliche Lösungen. Deshalb wurde im Rahmen der Gemeindeverwaltung eine Spitalsplanungskommission begründet, die sich nicht nur mit der Modernisierung der bestehenden, sondern auch mit der Planung von zusätzlichen Anstalten beschäftigt. Diese Planung geht von der Auswahl des günstigsten Standortes bis zur inneren medizinischen und verwaltungsmäßigen Organisation dieser Anstalten. Als erstes großes Ergebnis konnten wir der Öffentlichkeit bereits mitteilen, daß die Pläne für den Neubau des Rudolfspitals und für die Errichtung eines Krankenhauses und eines Alterspflegeheimes im 22. Bezirk konkrete Formen annehmen.

Die innerstädtischen Verkehrsverhältnisse und die generelle Rationalisierung des Wiener Marktwesens verlangen dringend eine Verlegung der Großmarktanlagen des Naschmarktes, die vor Jahrzehnten als Provisorium errichtet wurden. Die wirtschaftlichen Folgen zweier Weltkriege haben bisher eine andere Lösung verhindert. Die Gemeinde hat sich vor einigen Jahren entschlossen, auch diese Aufgabe in Angriff zu nehmen. In mehrjähriger Arbeit hat eine Kommission unter Mitarbeit ausländischer Experten Pläne verfaßt, die nun einer nochmaligen genauen Prüfung unterzogen werden. Das Programm sieht vor, die Großmarktanlagen vom Naschmarkt in das Gebiet von St. Marx zu verlegen, wo schon seit Jahrzehnten die Viehmarktanlagen bestehen. Die Pläne für diese Vereinigung aller Großmärkte, einschließlich des Blumengroßmarktes befinden sich bereits im Reifestadium. Ihre Verwirklichung, die ein mehrjähriges Bauprogramm voraussetzt, soll in der neuen Wahlperiode in Angriff genommen werden.

Die Verkehrsverhältnisse haben sich durch das lawinenartige Anwachsen der Motorisierung, die alle Kreise der Bevölkerung ergriffen hat, so intensiviert und verdichtet, daß man sie schon lange nicht mehr aus dem Handgelenk erledigen kann. Im Rahmen der Stadtplanung wurde dem Studium der Verkehrssituation besondere Aufmerksamkeit gewidmet und ein übergeordneter Verkehrsplan erstellt, dessen Detailbearbeitung schon einige beachtenswerte Erfolge gezeitigt hat und die selbstverständlich in verstärktem Ausmaße fortgesetzt werden muß. Ich vermerke dabei mit Genugtuung, daß es dem Land Wien nach mehrjährigen vergeblichen Bemühungen heuer doch gelungen ist, den Bund zu einer etwas einsichtigeren Haltung gegenüber den dringenden Verkehrsproblemen Wiens zu bewegen. So konnte sowohl in der Frage der Autobahn, als auch der Bundesstraßen im Wiener Gebiet ein gewisser Erfolg verzeichnet werden, wobei wir ankündigen müssen, daß die Notwendigkeit weiterer kostspieliger Verkehrsbauten zu einer zusätzlichen Beteiligung des Bundes führen muß. Falls sich der Bund nicht entschließen kann, die Stadt Wien an dem Zuschlag zur Mineralölsteuer zu beteiligen, so muß er wenigstens die Verpflichtung übernehmen, die Straßen und Verkehrsflächen von übergeordneter Bedeutung zu erbauen beziehungsweise in seine Erhaltung zu übernehmen.

Die nächsten großen Verkehrsaufgaben sind bereits vorgezeichnet. Der Umbau der Lastenstraße mit der Tieflegung der Straßenbahn ist die erste große Aufgabe dieser Art. Gleichfalls in Angriff genommen wurden die Arbeiten für die unterirdische Führung der Straßenbahn ab Triester Straße im Bereich des Matzleinsdorfer Platzes-Margaretengürtel sowie in der Kliebergasse-Wiedner Hauptstraße. Sie werden in den nächsten Jahren ihre Fortsetzung finden am Karlsplatz und in der unterirdischen Durchquerung der Inneren Stadt. Diese große unterirdische Linie stellt eine besonders wichtige Verbindung zwischen dem Süden und dem Norden von Wien dar.

Zur Behandlung von grundsätzlichen administrativen Fragen und Detailproblemen des städtischen Verkehrs hat die Gemeinde Wien die Straßenverkehrskommission geschaffen, in der nicht nur die zuständigen Magistratsabteilungen, sondern auch die Experten der Polizeidirektion Wien vertreten sind. In dieser Kommission sind sowohl in technischer als auch in juristischer Hinsicht schon sehr beachtliche Vorschläge für die Lösung von Verkehrsaufgaben erstattet

worden. Für die Prüfung der Wirtschaftlichkeit der städtischen Verkehrsbetriebe wurde eine Gemeinderätliche Kommission geschaffen, die in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion der Stadtwerke, der Direktion der Verkehrsbetriebe und der Personalvertretung bereits praktische Vorschläge ausgearbeitet hat, die wohl keine sensationellen Verbesserungen, aber doch Einsparungen ermöglicht hat, die bereits in die Millionen gehen.

Schon während der vergangenen Jahre hat der Gemeinderat die Gemeinderätliche Planungskommission eingesetzt, die die Aufgabe hat, die Vorschläge über die Stadtplanung zu prüfen und zu begutachten. Diese Kommission soll auch weiterhin große Projekte prüfen und für den Gemeinderat vorlagereif machen.

Wasserversorgung und Hochwasserschutz

Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ist der Wasserverbrauch in Wien sprunghaft angestiegen, was die Gemeindeverwaltung veranlaßt hat, die Leistungsfähigkeit der bestehenden Wasservorkommen zu erhöhen und die Erschließung neuer Wasservorkommen vorzubereiten. Der Wasserverbrauch hat sich von 116,8 Millionen Kubikmeter im Jahre 1946 auf 165,4 Millionen Kubikmeter im Jahre 1963 erhöht. Damit haben die städtischen Wasserwerke ihre Leistung um rund 42 Prozent erhöht, ohne daß zu diesem Zweck ein zusätzliches Wasserwerk gebaut werden mußte. Es war die sparsamste Leistungssteigerung, die man sich denken kann. Wir sind uns aber darüber im klaren, daß der Verbrauch weiter steigen wird, als Folge des größeren Verbrauches der Wirtschaft und wegen des größeren Bedarfs in den modern ausgestatteten Haushalten. Seit 1948 sind die Vorarbeiten für die Erschließung neuer Wasservorkommen im Gange und zum Teil zu konkreten Ausbauarbeiten herangereift. Den Mitgliedern des Gemeinderates ist sicher das Projekt des Grundwasserwerkes in der Lobau bekannt, das schon sehr weit fortgeschritten ist, für das der Konsens der Obersten Wasserrechtsbehörde endlich vorliegt und das uns wahrscheinlich schon Ende 1965 eine zusätzliche Tagesmenge bis zu 50.000 Kubikmeter in das Rohrnetz einspeisen wird. In Ebreichsdorf und Moosbrunn sind ebenfalls weit fortgeschrittene Vorarbeiten im Gange, die zur Errichtung der dritten Wasserleitung für Wien führen sollen.

Diese beiden Projekte müssen in den kommenden Jahren vorwärtsgetrieben werden, damit der steigende Wasserbedarf unserer Millionenstadt normal gedeckt werden kann. Hierzu gehörten auch die Erfassung der Sieben Quellen im Karlgraben bei Neuberg an der Mürz, für die der positive Abschluß des wasserrechtlichen Verfahrens bald zu erwarten ist. Aber schon sind im Zusammenhang mit der Neuregelung des Hochwasserschutzes für Wien noch größere Projekte im Anlaufen, die unserer Stadt nach menschlichem Ermessen in Zukunft eine absolut gesicherte Wasserversorgung gewährleisten sollen.

Und nun zum Hochwasserschutz selbst. Das Hochwasser des Jahres 1954 hat uns gezeigt, daß die Kapazität des Überschwemmungsgebietes in Wien fast zur Gänze ausgenützt war. Für größere Wasserzuflüsse hätte die bestehende Anlage nicht mehr ausgereicht und eine Katastrophe für Wien und Niederösterreich wäre unvermeidlich gewesen. Deshalb sind bereits seit Jahren eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet und geprüft worden, die für unsere Stadt einen absoluten Hochwasserschutz garantieren sollen. Das Wiener Stadtbauamt hat nach mehrjährigen Studien und Vorarbeiten einen Plan ausgearbeitet, der dann zur Überprüfung einer Kommission übergeben wurde, die vom Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Verein gebildet wurde. Zugleich mit dieser Überprüfung wurde von einem international anerkannten Experten der Technischen Hochschule Wien noch zusätzlich im Hafengebiet der Freudenau ein großer Modellversuch durchgeführt, der die Richtigkeit des Projektes und die technische Ausführbarkeit nachgewiesen hat. Da diese Vorfragen nun geklärt sind, können in absehbarer Zeit bereits Aufträge für verschiedene Detailplanungen vergeben werden. Allerdings muß die Stadt Wien darauf verweisen, daß dieser absolute Hochwasserschutz nicht nur für unsere Stadt, sondern auch für Niederösterreich von größtem Interesse ist und deshalb die drei Körperschaften, die in der Hochwasserschutzkonkurrenz zusammengefaßt sind, also der Bund und die beiden Bundesländer Wien und Niederösterreich, zu einer gemeinsamen gerechten Kostentragung herangezogen werden.

Im Zusammenhang mit diesem verbesserten Hochwasserschutz ergäbe sich für unsere Stadt die einmalige Chance, aus der bisher brachliegenden Fläche des Überschwemmungsgebietes eine großzügige Sport- und Erholungsfläche im ungefähren Ausmaß von drei Millionen Quadrat-

meter zu gewinnen. Mit diesem Projekt wären nicht nur Hab und Gut der Bevölkerung und viele wirtschaftliche Werte Wiens und Niederösterreichs gesichert, sondern unsere Stadt auch um eine großzügige städtebauliche Lösung reicher geworden. Im Zusammenhang damit wird auch daran gedacht, die Grundwasservorkommen auszunützen, die nach einem natürlichen Filterungsprozeß in das Wiener Wasserleitungsnetz gepumpt werden können. Es ist verständlich, daß dieses Hochwasserschutz-Vorhaben, daß das größte in der Geschichte Wiens darstellt, eine mehrjährige Bauzeit und nach den heutigen Baupreisen eine Kostensumme von mehr als zwei Milliarden Schilling verlangen wird.

Die weitere Aufschließung und Bebauung des Gebietes links der Donau, also des 21. und 22. Bezirkes, wird im vermehrten Ausmaß weiterzuführen sein. Dazu ist eine verbesserte Verkehrsverbindung mit dem übrigen Stadtgebiet notwendig, wozu nach der Erbauung der Nordbrücke die Errichtung einer neuen Donaubrücke zwischen Leopoldstadt und Stadlau vorbereitet wird.

Leistungsfähige Massenbeförderungsmittel

Nach der erfolgreichen Durchführung des fünfjährigen Investitionsprogrammes bei den Wiener Stadtwerken, die 1,6 Milliarden Schilling Aufwand erforderten, erweist es sich bereits wieder als notwendig, ein mehrjähriges, großes Investitionsprogramm schon im Jahre 1965 in Angriff zu nehmen, um die kommenden großen Aufgaben erfüllen zu können. Dieses neue Programm sieht ein Gelderfordernis von 3,3 Milliarden Schilling vor. Gewerbe, Industrie und Haushalte stellen immer höhere Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Stadtwerke, die auch in Zukunft in der Lage sein müssen, die weitere Aufwärtsentwicklung zu gewährleisten. Im Rahmen dieses Programmes soll die Produktion unserer Gas- und E-Werke ausgebaut sowie die Verteilung der gewonnenen Energie verbessert und gesichert werden. In den Gaswerken soll die Erzeugung von giftarmem Gas technisch ermöglicht werden, um die Unfallgefahren zu mindern. Bei den Wiener Verkehrsbetrieben wird die Modernisierung des Wagenparks fortgesetzt und eine neue Hauptwerkstätte errichtet werden, wobei in diesem Betrieb ganz besonderer Wert auf weitere Rationalisierungsmaßnahmen gelegt wird.

Schon diese bruchstückweise Aufzählung von Problemen und Aufgaben zeigt, daß der neugewählte Gemeinderat sehr viel Arbeit vorfinden wird. Aber über alle technischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten hinweg darf Wien jene Pflichten und Aufgaben nicht vergessen, die es als Kulturstadt zu erfüllen hat.

Kulturstadt Wien wahrt ihren Ruf

So will ich feststellen, daß diese Aufgaben bereits beim Schulwesen beginnen, das schon in der Ersten Republik durch seine Schulreform internationale Anerkennung gefunden hat und das jetzt, nach dem Inkrafttreten der neuen Schulgesetze, vor weiteren Aufgaben steht, deren wichtigste die Einführung des 9. Schuljahres ist. Wir werden alles daransetzen, daß die Verlängerung der Schulpflicht ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden kann. Sowohl was die Bereitstellung der nötigen Schulräume und Unterrichtsmittel als auch die Anstellung der Lehrkräfte betrifft, soll auf das bestmögliche vorgesorgt werden.

Im kommenden Jahre wird die Wiener Universität ihren 600-jährigen und die Technische Hochschule ihren 150-jährigen Bestand feiern. Wir wollen die Jubiläen dieser beiden Institute von höchstem Rang, die unserer Stadt einen weitreichenden internationalen Ruf gegeben haben, besonders würdigen. Der Wiener Gemeinderat wird sicher besondere Beschlüsse fassen, die diesem außerordentlichen Anlaß gerecht werden.

Das neue Studienförderungsgesetz hat das Stipendienwerk der Stadt Wien zum Teil gegenstandslos gemacht. Es soll den neuen Verhältnissen angepaßt werden und neue Bewerberkreise berücksichtigen. Eine weitere Förderung der studierenden Jugend wollen wir durch die Erweiterung des Internationalen Studentenheimes in Döbling vornehmen.

Es ist für die Stadtverwaltung eine selbstverständliche Verpflichtung, daß sie die vielen kulturellen und künstlerischen Bestrebungen in Wien in geeigneter Weise fördert und unterstützt. Auf diese kulturellen Kräfte gründet sich zum Teil die internationale Ausstrahlungskraft unserer Stadt, zum anderen Teil auf seine Lage im Herzen Europas, wo sie im Schnittpunkt nationaler und politischer, geographischer und wirtschaftlicher Interessen durch Jahrhunderte hindurch als Drehscheibe gewirkt hat. Nach der Unterbrechung der Kriegs- und Nachkriegszeit müssen wir uns bemühen,

die vorhandenen Tendenzen zur Auflockerung der starren Fronten in Europa zu fördern und unsere guten Dienste für eine Normalisierung der Verhältnisse anzubieten. Durch die jährliche Abhaltung der "Europa-Gespräche" während der Wiener Festwochen will unsere Stadt für die Einigung Europas neue Anregungen geben. Im kommenden Jahr soll das Europa-Gespräch eine Basis erhalten, die in den letzten Jahren bei allen internationalen Kongressen in Wien bereits zu bemerken war, nämlich eine verstärkte Begegnung zwischen Ost und West. Wir hoffen, dadurch neue Kräfte zu mobilisieren und eine Klärung mancher europäischen Probleme zu beschleunigen, die für die Zukunft unseres Kontinents von großer Bedeutung sein können.

In diesem Rahmen verlangt Wien als Kongreßstadt eine besondere Beachtung. Die Stadtverwaltung hat im Zusammenwirken mit den Kongreßveranstaltern und der Hotellerie bereits eine feste Basis für die internationale Kongreßtätigkeit in Wien entwickelt. Diese internationale Kongreßtätigkeit bestätigt in verstärkter Form die Rolle Wiens als geistigen Umschlagplatz und als Ort, in dem in steigendem Ausmaß internationale Gespräche mit West-Ost-Beteiligung zustandekommen. Auch in dieser Hinsicht erfüllt Wien seine in der geopolitischen Lage begründete Aufgabe und vermehrt damit gleichzeitig seine Ausstrahlungskraft im internationalen Ausmaß. Dieser Prozeß, von dem wir hoffen, daß er sich weiterhin günstig entwickelt, soll dazu führen, daß Wien sich unter verbesserten Bedingungen in das raschfortschreitende internationale Geschehen einordnen kann.

Die internationale Stellung unserer Stadt haben wir seit Jahren erfolgreich verstärkt, und zwar haben wir zu diesem Zweck in vielen europäischen Städten Ausstellungen veranstaltet, die das internationale Publikum mit dem Wiederaufbau in Wien und mit seinen wirtschaftlichen, kulturellen und kommunalen Leistungen vertraut gemacht haben. Wir sind sehr froh, wenn wir aus anderen Städten Gegenbesuch mit Ausstellungen erhalten, weil wir dadurch unserer Bevölkerung das Gefühl vermitteln können, daß die Probleme der europäischen Städte gar nicht so grundverschieden sind und daß Europa in dieser Beziehung für eine einheitliche Betrachtung und Behandlung viel reifer ist als auf anderen Gebieten.

Auch Wien hat Anrecht auf eigenes Rundfunk-Studio

Wenn wir von den kulturellen Bedürfnissen unserer Stadt sprechen, so will ich auch daran erinnern, daß der Wiener Landtag schon in der vergangenen Wahlperiode und zwar am 19. Juni dieses Jahres mich aufgefordert hat, alle Schritte zu unternehmen, damit Wien ein eigenes Rundfunkstudio erhält. In dieser Beziehung ist Wien sehr stark benachteiligt, weil es trotz größter Hörerzahl und größter Beitragsleistungen der Hörer über kein eigenes Studio und kein eigenes Programm verfügt. Dieses Unrecht muß beseitigt werden. Was den anderen Bundesländern zugestanden wurde, darf dem nach der Bevölkerungszahl größten Bundesland nicht verweigert werden. Ich habe an die zuständigen Organe der Regierung und des Rundfunks entsprechende Ersuchen gerichtet und die Antwort bekommen, daß zur Behandlung dieser Wiener Forderung eine Kommission eingesetzt werde. Eine weitere Benachrichtigung ist mir bisher nicht zugegangen. Deshalb benütze ich die heutige Konstituierung des Gemeinderates, um neuerlich aufmerksam zu machen, daß Wien auf ein eigenes Rundfunkstudio nicht verzichten kann. Wenn gerade jetzt soviel davon gesprochen wird, daß die Rechte der Länder respektiert werden müssen, dann ist in Fragen eines eigenen Wiener Studios jetzt die beste Gelegenheit, einen berechtigten Wunsch des Landes Wien zu erfüllen.

Meine Darlegungen über die Aufgaben der nächsten fünf Jahre können nur als eine bruchstückweise Aufzählung gewertet werden. Aber sie entsprechen den Konsequenzen, die wir aus der Überprüfung unserer gegenwärtigen Situation und der Entwicklungstendenzen ziehen müssen. Die Bewältigung dieser Aufgaben wäre eine glückliche Fortsetzung des erfolgreichen Wiederaufbaus in den schwersten Jahren nach dem Krieg und des bereits eingeleiteten Modernisierungsprogramms unserer Stadt. Dieser Modernisierungsprozeß bezieht sich nicht nur auf die technischen Notwendigkeiten! Wir setzen neben den technischen ganz bewußt auch den sozialen Fortschritt, in den auch eines der wichtigsten Probleme der modernen Industriegesellschaft eingeschlossen sein soll, nämlich das Problem der Freizeitgestaltung, des Sports und der Erholung. Es sollen

aber auch alle jene Aufgaben mit eingeschlossen ein, die den Wert der Persönlichkeit steigern, den Schutz der Familie verstärken, den Jungen eine Chance für das Leben bieten und unseren alten Mitbürgern den Lebensabend möglichst sicher und sorgenfrei machen. Das alles im Sinne eines sozialen Ausgleiches, womit eine weitere Verminderung der sozialen Spannungen und eine Steigerung des sozialen Friedens in unserem Lande erreicht werden soll.

Zusammenarbeit - Chance für die Zukunft!

In diesem Geiste haben sich die beiden großen Parteien des Wiener Rathauses wieder zu Verhandlungen entschlossen, die die Fortsetzung der bisherigen gemeinsamen Arbeit ermöglichen sollen. Ich bin überzeugt, daß die Wiener Bevölkerung über diese Bemühungen Genugtuung empfindet, aus der Erkenntnis heraus, daß das Zusammenarbeiten ungleich besser ist als das Gegeneinanderarbeiten. Die Koalition der beiden großen Parteien in Österreich war die Frucht bester österreichischer Gesinnung von verantwortungsbewußten Staatsmännern, die unter die unheilvollen Ereignisse der Ersten Republik einen Schlußstrich ziehen wollten. Die Sorgen der Nachkriegs- und Besatzungszeit sind vorbei und manchen Österreichern erscheinen die damaligen Probleme schon in einem anderen Licht, oder sie geraten, was man nur bedauern kann, schon wieder in Vergessenheit. Aber gerade wegen der Gedenktage des Jahres 1965 ist es notwendig auszusprechen, daß die Zusammenarbeit die einzig mögliche Art war, jene konstruktiven und heilenden Energien zu wecken, die den Wiederaufbau zuwege brachten und den Bestand unserer Republik über sehr gefährliche Klippen hinweg rettete. Das sind historische Verdienste, die uns zu denken geben sollten. Die Aufgaben, die uns bevorstehen, werden meiner Meinung nach ebenfalls besser in der Zusammenarbeit gelöst werden, wobei diese in einer demokratischen Art vor sich gehen kann, die keinem der beiden Partner ein Gesinnungsopfer abverlangt.

In dieser Gesinnung will ich in der heutigen konstituierenden Sitzung im Namen des Gemeinderates und im eigenen Namen einen herzlichen Gruß an die gesamte Wiener Bevölkerung und eine Bitte zugleich richten: Sie möge auch in Zukunft bei der Bewältigung der Gemeindeaufgaben verständnisvoll mitarbeiten, denn es handelt sich ja um ihre Heimatstadt, um die Stadt Wien, deren internationaler Ruf nicht ohne unsere Bemühungen erhalten werden kann.

Es handelt sich aber auch um ihr eigenes Leben in gesunden und kranken Tagen, es handelt sich um das Wien der Zukunft, das seinen Kindern ein hoffentlich friedliches und schönes Leben ermöglichen wird.

Ich richte aber auch einen Appell an alle Bediensteten der Stadt Wien. Ihr persönliches und berufliches Schicksal ist mit dem Schicksal der Stadt Wien verbunden. Wenn es der Stadt gut geht, dann soll es auch den Bediensteten gut gehen. Aus dieser Erkenntnis hat die Stadtverwaltung in den vergangenen Jahren für die Verbesserung des Gehalts- und Arbeitsrechtes viel neues geschaffen und so wird auch in Zukunft die Gemeindeverwaltung für die soziale Besserstellung ihrer Bediensteten bei Abwägung aller Bedingungen das möglichste tun. Dafür erwartet die gesamte Wiener Bevölkerung auch in Zukunft das verständnisvolle und verantwortungsbewußte Funktionieren aller Gemeindedienststellen und städtischen Einrichtungen. Von diesem Funktionieren hängt der private und wirtschaftliche Erfolg von hunderttausenden Existenzen ab und das Wohlbefinden der gesamten Bevölkerung.

Ich richte auch Dank und Bitte an die Presse, den Rundfunk und das Fernsehen. Dem Gemeinderat liegt außerordentlich viel daran, daß zwischen Bevölkerung und Rathaus das beste Verhältnis herrscht. Durch eine objektive Berichterstattung wird viel dazu beigetragen, die Probleme unserer Stadt zu popularisieren.

Mein Appell richtet sich aber auch an die neu gewählten Mitglieder des Gemeinderates, die ihr Gelöbnis auf die Gesetze der Republik und der Stadt Wien abgelegt haben. Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, stehen vor der verantwortungsvollen aber schönen Aufgabe, bei allen Ihren Beschlüssen, die im Interesse der Zukunft Wiens zu fassen sind, in objektiver Weise das Für und Wider abzuwägen. Damit sollen Sie den Auftrag Ihrer Wähler erfüllen, die sich von Ihnen eine erfolgreiche Arbeit im Interesse aller Wiener erwarten. Das uneingeschränkte und vorbehaltlose Bekenntnis zu Wien und der feste Wille, für unsere Heimatstadt in den nächsten fünf Jahren das Beste zu leisten, soll die Grundlage für die großen Arbeiten der kommenden Wahlperiode sein und weder Kleinmut noch Selbstzufriedenheit sollen uns dabei beeinträchtigen.

Was an uns liegt soll geschehen, damit Wien als demokratische und freiheitsliebende Stadt seine Zukunft vorbereitet.

Das letzte Wort in meiner Antrittsrede sei ein Gruß der Bundeshauptstadt Wien an die anderen österreichischen Bundesländer und an alle unsere österreichischen Landsleute. Wir wollen ihnen sagen, daß wir uns mit ihnen einig wissen in dem Bestreben, für die friedliche und erfolgreiche Entwicklung unserer demokratischen Republik zu arbeiten. Wien will hierzu einen kraftvollen Beitrag leisten, der seinem internationalen Ruf entspricht und den seine vielen Freunde mit Recht erwarten.

Und nun, Glück auf zu neuer Arbeit!"

- - -

Bernhard Herzmannsky zum Gedenken

=====

11. Dezember (RK) Auf den 13. Dezember fällt der 10. Todestag von Bernhard Herzmannsky.

Sein Name ist mit dem österreichischen Musikwesen und besonders mit dem bekannten Wiener Musikverlag Doblinger eng verbunden. Schon sein Vater, Bernhard Herzmannsky d.Ä., hatte das 1817 als Musikalienleihanstalt in der Dorotheergasse begründete und 1857 von Ludwig Doblinger übernommene Unternehmen seit 1876 zu einer der größten europäischen Musikalienhandlungen sowie zu einem der angesehensten österreichischen Verlage ausgebaut. Neben den Kompositionen von C.M. Ziehrer verlegte er zahlreiche Schöpfungen der Wiener Operette, unter anderem von Oscar Straus, Lehar, Nedbal und Eysler. Bernhard Herzmannsky d.J. wurde am 4. August 1888 in Lang-Enzersdorf geboren und leitete die Firma seit 1921. Er widmete sich von Anfang an auch der Förderung der ersten österreichischen Gegenwartproduktion, begnügte sich aber nicht nur mit der Drucklegung der Werke, sondern bot ihnen auch in den beliebten Hauskonzerten im Barocksaal des Verlagsgebäudes ein repräsentatives Aufführungsforum. Für die leichte Muse spezifisch wienerischer Prägung gewann er so angesehene Musiker wie Benatzky, Katscher, Leopoldi, Förderl und Lang. Ergänzt wird diese Produktion durch reichhaltige Chorreihen auf geistlichem und weltlichem Gebiet sowie durch viele Instrumentalschulwerke und durch die Pflege der Musikkultur. Der großzügige Ausbau der Musikinstrumenten- und Schallplattenabteilung ist gleichfalls sein Verdienst. Schon seit Beginn der zwanziger Jahre wirkte Herzmannsky aktiv in der AKM mit und wurde 1934 deren Präsident. Er vertrat die österreichischen Interessen auf internationalen Kongressen und stand zeitweise an der Spitze der in Paris ansässigen "Confédération des sociétés d'auteurs" und wurde für seine Verdienste um sie zum Ritter der Ehrenlegion ernannt. Die Nationalsozialisten internierten ihn im KZ Dachau. 1954 wurde Herzmannsky durch einen plötzlichen Tod aus seiner Arbeit gerissen. Er hat viel zur weltweiten Anerkennung der Wiener Musikkultur beigetragen.

- - -

Konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

11. Dezember (RK) Der neue Wiener Gemeinderat trat heute vormittag um 9.04 Uhr zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Alle Gemeinderäte waren in dunkler Kleidung erschienen. Die sozialistischen Gemeinderäte hatten rote Nelken, die Gemeinderäte der ÖVP Edelweiß angesteckt, die Gemeinderäte der FPÖ trugen Abzeichen an den Revers; die Gemeinderäte der KLS wiesen keine derartige Kennzeichnung auf.

Bürgermeister Jonas übernahm den Vorsitz und begann sofort mit der Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung: die Gemeinderäte Graczoll (SPÖ) und Kowarsch (ÖVP) wurden als provisorische Schriftführer bestellt. Dann leisteten die Mitglieder des neugewählten Wiener Gemeinderates das Gelöbnis, "der Republik Österreich und der Stadt Wien unverbrüchliche Treue zu halten, die Gesetze stets und voll zu beachten und ihre Pflichten als Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien gewissenhaft zu erfüllen". Die beiden Schriftführer verlasen die Namen der Gemeinderäte nach dem Alphabet und jeder einzelne sprach die Worte: "Ich gelobe".

Sodann wurde über Vorschlag der SPÖ (GR. Dr. Stemmer) die Zahl der Vorsitzenden des Gemeinderates wieder mit sechs festgesetzt. Anschließend schritt man zur Wahl der Vorsitzenden des Gemeinderates. Ein von Gemeinderat Dr. Stemmer (SPÖ) gestellter Antrag, alle folgenden, auf der Tagesordnung stehenden Wahlen, mit Ausnahme der Wahl des Bürgermeisters, die mittels Stimmzettel erfolgt, durch Erheben der Hand vorzunehmen, wurde einstimmig angenommen. Vier der Vorsitzenden stellt die SPÖ, zwei die ÖVP. Als Vorsitzende wurden sodann ohne die Stimmen der FPÖ und der KLS gewählt: von der SPÖ Dr. Josef Bohmann, Franz Jonas, Bruno Marek und Helene Potetz, von der ÖVP Ing. Johann Lust und Nora Hittl.

Die Wahl des Bürgermeisters

Nun übernahm GR. Marek den Vorsitz zur Durchführung der Wahl des Bürgermeisters. Die Wahl begann um 9.14 Uhr zunächst mit der Bestellung der Wahlprüfer. In dieser Eigenschaft fungierten die Gemeinderäte Schiller (SPÖ), Ing. Lust (ÖVP), Hirnschall (FPÖ) und Maller (KLS). Als die Wahlurne hereingebracht und auf dem

Rednerpult aufgestellt wurde, nahmen je zwei der Wahlprüfer links und rechts der Urne Aufstellung. Der Vorsitzende stellte fest, daß die Wahlurne leer ist, und ließ sodann die einzelnen Gemeinderäte durch die beiden Schriftführer zur Stimmenabgabe aufrufen. Nachdem alle Abgeordneten - mit Ausnahme von GR. Dr. Jakl (SPÖ), der erkrankt ist und an der Sitzung nicht teilnehmen konnte - ihre Stimmzettel abgegeben hatten, unterbrach GR. Marek für kurze Zeit die Sitzung, um die abgegebenen Stimmen zählen zu lassen. Von den 99 abgegebenen Stimmen lauteten 91 auf Bürgermeister Jonas, zwei waren Splitterstimmen und sechs Stimmzettel waren leer und damit ungültig. Franz Jonas wurde somit auf die Dauer der Wahlperiode des Gemeinderates zum Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien gewählt. Als die Gemeinderäte Dr. Stemmer und Mühlhauser - die Klubobmänner der SPÖ und ÖVP - Bürgermeister Jonas in den Saal geleiteten, erhoben sich alle Gemeinderäte von ihren Sitzen und die Mitglieder der SPÖ und der ÖVP spendeten der Wiederwahl starken Beifall. Bürgermeister Jonas gab sodann die Erklärung ab, die Wahl anzunehmen.

Nachdem Bürgermeister Jonas sein Gelöbniß abgelegt und wieder den Vorsitz übernommen hatte, nahm der Gemeinderat eine Reihe weiterer Wahlen zur Konstituierung vor.

Wahl der Schriftführer, Ausschuß- und Kommissionsmitglieder

Einem Antrag von GR. Dr. Stemmer folgend werden auf die Dauer eines Jahres neun Schriftführer gewählt, von denen sechs durch die SPÖ und drei durch die ÖVP nominiert wurden.

Der Gemeinderat zeigt sich damit einverstanden, daß die Stadträte in der heutigen Sitzung nicht gewählt werden. Nach der Verfassung der Stadt Wien bleibt der alte Stadtsenat daher solange im Amt, bis der neue gewählt ist.

Einem vorliegenden Antrag, die Mitgliederzahl aller zwölf Gemeinderatsausschüsse einheitlich mit zwölf festzulegen, wird stattgegeben. In den Ausschüssen stellt die SPÖ acht und die ÖVP vier Mitglieder, die vom Wiener Gemeinderat mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP gewählt werden.

Es erfolgt die Wahl von zwölf Mitgliedern der Gemeinderätlichen Personalkommission, von neun Mitgliedern und neun Ersatzmitgliedern der Disziplinarkommission sowie von 14 Mitgliedern des Vorstandes,

drei Mitgliedern des Überwachungsausschusses und drei Funktionären des Schiedsgerichtes der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien.

Außerdem werden drei Mitglieder und drei Ersatzmitglieder des Beirates der Wiener Wohnbauaktion 1964, die neun Mitglieder des Kuratoriums des Wiener Jugendhilfswerkes und die sechs Mitglieder der Kommission zum Studium der wirtschaftlichen und betrieblichen Verhältnisse bei den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetrieben mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP gewählt.

Hierauf hielt Bürgermeister Jonas seine Antrittsrede. (Den Wortlaut brachten wir bereits auf den Blättern 3192 bis 3210 der heutigen "Rathaus-Korrespondenz".)

Nach der Antrittsrede des Bürgermeisters übernimmt Gemeinderat Marek den Vorsitz und erteilt GR. Lauscher als ersten Debattenredner das Wort.

GR. Lauscher (KLS) stellt fest, sich heute nur auf Grundsätzliches beschränken zu können, da während der Budgetverhandlungen ausreichend Zeit sein wird, auf Detailfragen einzugehen. Der neugewählte Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung stehen vor gewaltigen Aufgaben, die im Interesse der Bevölkerung gelöst werden müssen. Wien ist die größte Gemeinde Österreichs und an Bevölkerungszahl das größte Bundesland. Die Verpflichtungen der Bundeshauptstadt sind daher weitaus größer und bedeutender als die irgendeiner anderen Stadt unseres Landes. Jahr für Jahr wendet die Stadt Wien für verschiedene Zwecke riesige Geldmittel auf, die größtenteils von den arbeitenden Menschen unserer Stadt aufgebracht werden. Seine Fraktion vertrete den Standpunkt, daß diese vorhandenen Mittel zu allererst für die Lösung der dringendsten Probleme verwendet werden und vor allem die Interessen der arbeitenden Bevölkerung Vorrang haben müssen. Hierzu gehört besonders die Lösung des Wohnungsproblems. Der Wiener Gemeinderat müßte in den kommenden fünf Jahren, also bis zur nächsten Wahl, alles daransetzen, um endlich die Wohnungsfrage zu lösen. Mit den bisherigen Methoden wird es kaum möglich sein, den 30.000 Wohnungsuchenden eine Wohnung zu verschaffen. Das Problem läßt sich auch dadurch nicht lösen, daß man die Wohnungswerber auf den genossenschaftlichen Wohnungsbau verweist, da ein Großteil der Familien nicht in der Lage ist, hohe Baukostenzuschüsse und hohe Mietzinse zu bezahlen.

./.

Neben einem ausreichenden sozialen Wohnungsbau würde die Besteuerung leerstehender Wohnungen, die Schaffung eines Reparaturausgleichsfonds und eines Bodenbeschaffungsgesetzes sicherlich einen entscheidenden Beitrag zur Lösung des Wohnungsproblems leisten. Die Sozialisten dürften die Lösung des Wohnungsproblems nicht den Koalitionsinteressen unterordnen und müßten auch dem Bund gegenüber entschiedener auftreten.

GR. Lauscher kommt sodann auf die Koalitionsverhandlungen im Wiener Rathaus zu sprechen und bemängelt, daß die Öffentlichkeit über diese Verhandlungen überhaupt nicht informiert wurde. Ein derartiges Verhalten sei äußerst undemokratisch.

Nur eine fortschrittliche Politik für unsere Stadt im Interesse der Arbeitenden wird die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit unserer Bevölkerung finden. Wir dürfen die Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Lande nicht übersehen, nach denen der kapitalistische Eigennutz bestimmter Kreise in unserem Land am Wiederaufbau und dem wirtschaftlichen Aufschwung profitiert. Es sei ein Gebot der Stunde, die Einheit aller Demokraten, aller österreichbewußten Kräfte im Kampf um die Vertiefung unserer Demokratie unserer Republik und im Kampf für einen gerechten Anteil der arbeitenden Menschen an der Konjunktur, zu gewährleisten.

An Wahlversprechungen der beiden größten Parteien habe es nicht gefehlt. Die Kommunisten werden nun darauf achten, daß diese Versprechungen auch eingehalten werden. So müssen in dieser Funktionsperiode ausreichend Kindergärten und Horte errichtet werden, muß für unsere betagten Bürger gesorgt werden und dafür, daß in ausreichender Zahl Spitals- und Altersheimbetten zur Verfügung stehen. Die Gemeinde muß eine konstruktive Jugend- und Familienförderungs politik betreiben, den Sport fördern, ebenso den Film und das gute Buch. Das Personal müßte gerecht entlohnt und gute Aufstiegsmöglichkeiten müßten geschaffen werden. Entschieden werde seine Fraktion auch gegen eine Mietzins- und gegen alle Tarif- und Gebührenerhöhungen auftreten.

Die Gemeindeverwaltung müßte auch mit allen Mitteln bestrebt sein, die Kaufkraft des Schillings und den Lebensstandard der arbeitenden Menschen zu erhalten. Es läge auch im Interesse der Bevölkerung unserer Stadt, würde man die von den Kommunisten eingebrachten Anträge sachlich behandeln. Derzeit ist die Praxis so, daß derartige Anträge immer abgelehnt werden, nach Jahren aber in den Wahlprogrammen der beiden großen Parteien in etwas frisierter Form aufscheinen.

Die Bezirksvorstehungen haben in der Verfassung große Bedeutung und entsprechende Rechte. Die Rathausmehrheit lasse aber nicht zu, daß von diesen Rechten Gebrauch gemacht wird. Hier wäre eine dringende Änderung notwendig. Ein Beispiel auch für die Ungerechtigkeit der Wahlordnung: im 1. Bezirk wählen 22.600 Wähler 30 Bezirksräte, und die gleiche Zahl wählen im 10. Bezirk 107.000 Wähler.

Auch die Gemeinderatswahlen haben gezeigt, wie ungerecht das bestehende Wahlsystem ist. Die Sozialisten haben mit nicht ganz 55 Prozent der Stimmen 60 Mandate erhalten, die Volkspartei mit 34 Prozent 35 Mandate und die Kommunisten mit 5 Prozent nur zwei Mandate. Für ein Mandat brauchten die Sozialisten 9.500 Stimmen, die Volkspartei 10.000 Stimmen und die Kommunisten 26.000 Stimmen. Der Redner kündigt an, daß seine Fraktion in der nächsten Sitzung des Landtages einen entsprechenden Antrag stellen werde.

GR. Lauscher unterstützt, was Bürgermeister Jonas von der europäischen Funktion Wiens gesagt hat. Wien habe als größte Hauptstadt eines neutralen Landes eine ernste Verpflichtung und die Aufgabe, für die Entspannung, für die Völkerverständigung und damit für den Frieden in dieser Welt einzutreten. Wien habe unerschöpfliche Möglichkeiten für eine fortschrittliche Entwicklung. Es könnte vorbildlich für viele Hauptstädte Europas werden. Der Redner verwahrt sich jedoch gegen eine Assoziierung mit der EWG, weil diese in Widerspruch mit der von unserem Land freiwillig proklamierten immerwährenden Neutralität stünde.

Abschließend erklärt GR. Lauscher: "Wir werden unsere Aufgabe darin sehen, als fortschrittliche Opposition konstruktive Vorschläge zu unterbreiten und dort zu kritisieren, wo es notwendig ist. So wie bisher werden wir alles bekämpfen, was sich zum Nachteil für die arbeitende Bevölkerung auswirkt, und alles unterstützen, was sozial und fortschrittlich ist und den arbeitenden Menschen nützt.

Stadtrat Dr. Drimmel sprach im Namen der Österreichischen Volkspartei. Er sagte:

"Zum ersten Mal in der Geschichte des Wiener Gemeinderates seit 1945 tritt heute diese Körperschaft nach der Wahl zusammen, ohne dass die traditionelle Koalition im Rathaus sichtbar würde. Aus der Tagesordnung geht hervor, dass die übliche Bestimmung einer neuen Zahl der Verwaltungsgruppen, die Wahl der Stadträte und der Amtsführenden Stadträte und die Wahl der Vizebürgermeister wohl erst zu einem späteren Termin stattfinden werden. Für die öffentliche Meinung und für einige Vertreter der Massenmedien, die in dieser öffentlichen Meinung wirken, vor allem aber für jene in diesem Saal, die dieser gewohnten Zusammenarbeit niemals grün gewesen sind, zweifellos eine interessante und eine mit einigen Vergnügen beobachtete Tatsache: Im 20. Jahr ihres Bestandes ist die Koalition von 1945 in Verfall begriffen und sie scheint ausgerechnet zuerst hier in dieser Stadt zu zerfallen, in der sich an ihrem Anfang zum ersten Mal über Gräben und Gräber hinweg die Feinde von gestern die Hände gereicht haben.

Die Wiener Volkspartei sucht heute, so wie damals vor 20 Jahren, die Zusammenarbeit für Wien und Österreich. Sie weiss, dass das in einer Zeit geschieht, in der Erinnerungen an die historische Koalition von 1945 interessanter und lebendiger zu sein scheinen als die Chance einer Zusammenarbeit von heute.

Es geht aber um die Zusammenarbeit, die allerdings nach 20 Jahren nicht immer mit den nämlichen Zielen, Methoden und Menschen fortgesetzt werden kann. Es liegt in der Natur der Dinge, dass sich die Geschichte nicht wiederholen und nicht unverändert erhalten lässt.

Die Wiener Volkspartei bekennt sich in dieser Stunde, in der die Verhandlungen über ein neues Arbeitsübereinkommen noch nicht abgeschlossen werden konnten, zur Zusammenarbeit. Wir sind der Meinung, dass wir in den beiden abgelaufenen Dezennien gemeinsam erbrachte Leistungen am besten und am wirkungsvollsten Tribut erweisen, wenn wir an der Schwelle des dritten Jahrzehntes unserer erneuten Republik dieser Arbeit eine erneute Struktur und Statur geben.

Es gehört zum traditionellen äusseren Bild einer Koalition, dass die Abgeordneten der Koalitionsparteien für gemeinsame Vorlagen gemeinsam stimmen. Eine solche Praxis liegt in der Natur eines jeden Koalitionssystems. Aber hinter diesem Vorgang der Mehrheitsbildung muss wohl mehr stehen: Ideen, die den Partnern gemeinsam sind oder bei deren Formulierung ein Kompromiss im Politischen und Weltanschaulichen möglich ist; das Konzept eines arbeitsteiligen und verbindenden Vorganges in der Koordinierung der politischen Kräfte; und schliesslich Leistungen, deren sachlicher Wert und Gehalt allgemein anerkannt, deren erfolgreiche Vertretung von jedermann mit Beifall begrüsst wird.

In der Politik kann es zugehen wie in einer Jagdgesellschaft. Im günstigsten Fall gibt es eine gemeinsame Strecke der Jagdgesellschaft. Es ist aber auch denkbar, dass jeder Jäger die von ihm erlegte Strecke heimbringt. Im schlechtesten Fall kann es auch vorkommen, dass auch der Jagdgenosse unversehens eine Ladung in den Rücken bekommt.

Um wieder zum Politischen zurückzukehren: Diesen schlechtesten Fall wird es nicht geben, wenn sich die politischen Partner Aug' in Aug' begegnen. Wir haben einmal im gegenseitigen Kampf das Weisse im Auge des Gegners gesehen. Es lohnt sich auch auf dem Weg der Zusammenarbeit so nahe an den anderen heranzugehen, dass diese unmittelbare Verbindung von Mensch zu Mensch möglich wird.

In dieser Gesinnung, sehr geehrte Damen und Herren, möchte die Wiener Volkspartei inmitten von Zerfall und Neubildung in der österreichischen Innenpolitik einer "Wiener Koalition" das Wort reden, die von hier ausgehend, den bevorstehenden grossen Gedenkfeiern unserer Republik und unserer Stadt von innen her Gehalt, Festigkeit und Bedeutung gibt.

Es kann nicht genug über solche Gemeinsamkeiten gesprochen werden, weil das, worüber wir alle und selbst die Männer und Frauen innerhalb der einzelnen Fraktionen weder das gleiche denken noch gleich denken, ungleich grösser ist. Nur scheinbar ist es so, wie es die Volksmeinung und die Kritik der Jungen zuweilen auszudrücken pflegt: Die Wahl-

programme vor den Gemeinderatswahlen hatten ja alle gleiche Ziele: Wien soll Weltstadt sein, Wien soll den Rang als Bundeshauptstadt bewahren, Wien soll eine moderne Grossstadt sein. In Wien sollen mehr und billigere Wohnungen gebaut werden; in Wien soll die Licht-, Strom-, Wasser- und Gasversorgung verbessert werden, Wien soll ein auf weltstädtische Ausmaße zugeschnittenes Verkehrskonzept erhalten; Wien soll in neue geistige und materielle Räume wachsen; und all das mit den Mitteln einer modernen Kommunalpolitik, gestützt auf die reichen Chancen der Wohlstandsgesellschaft und des Wohlfahrtsstaates.

Gewiss, sehr geehrte Damen und Herren, solche Programme hat auch die Wiener Volkspartei vertreten und zwar nicht erst im letzten Wahlkampf. Das von uns geprägte Schlagwort "Ideen ins Rathaus" ist ja nicht der Ausdruck eines geistigen Hochmutes, der darin bestünde, wenn meine Freunde sagen würden, nur wir und niemand anderer hat solche Ideen. Solche Ideen sind in allen Schichten der Wiener Bevölkerung reichlich vertreten, denn die Vorstellungskraft, die Phantasie und die Begabung der Wiener waren zu allen Zeiten das stärkste Kapital unserer Heimatstadt. Wir möchten, und darin glauben wir uns einig zu sein mit allen anderen Parteien im Gemeinderat, dass diesen Ideen der Durchbruch zur Spitze des gemeinsamen Handelns gelingen möge.

Die Kommunalpolitik ist heute im Vergleich zu der in den Zeiten Karl Seitz.. Karl Luegers und Cajetan Felders differenzierter und viel mehr organisierter geworden, wie das die Überdifferenziertheit und Überorganisation der heutigen Formen des gesellschaftlichen Lebens verlangt. Es wäre ein hoffnungsloses Bemühen, versuchen zu wollen, mit einer Verwaltungsreform alles auf die einfache Führung der Geschäfte zurückzuführen, die in der Großväterzeit für jedermann selbstverständlich, weil überschaubar gewesen ist.

Als Lueger Bürgermeister war, lag in der Hand des Ingenieurs der Rechenschieber; als Seitz Bürgermeister war, stand in den Projektionsbüros die händisch betriebene Rechenmaschine; heute besitzen wir elektronisch gesteuerte Rechenmaschinen, die eine unvorstellbar grosse Kapazität darstellen.

Der Gewinn aus diesem Fortschritt in der rein praktischen Arbeitsweise ist, dass es mehr und mehr möglich wird, den rein sachlichen Gehalt der kommunalen Tätigkeit so zu verfestigen, dass sich im Streit darüber nicht mehr wie einst die Köpfe erhitzen müssen. Es werden immer noch genug andere Probleme übrig bleiben, in denen weltanschauliche und grundsätzliche Momente vorherrschen und die rein rechnerisch nicht zu lösen sind. Aber dazu sollten wir in der freiheitlichen Demokratie die feinen Köpfe und nicht die groben Klötze mobilisieren. Die gebildeten Menschen, die wir dazu brauchen, das sind nicht die Graduierten und die Titulierten schlechthin, sondern die Menschen mit einer geschlossenen Verstandes- und Herzensbildung. Sie werden in dem Maße heranwachsen, in dem wir auch in dieser Stadt den Weg von der Konsumgesellschaft zur Bildungsgesellschaft gehen. Der Präsident der Haward-Universität hat kürzlich gesagt, in der freiheitlichen Demokratie sei es notwendig, dass jeder Staatsbürger in der Lage ist, gewisse wirtschaftliche, kulturelle und politische Vorgänge mit der eigenen Denkkraft zu analysieren, sich danach die eigene Meinung zu bilden und willens zu sein, dieser Meinung gemäss zu handeln. Wenn wir das in seiner historischen Entwicklung bewährte Schulwesen dieser Stadt mit diesem letzten Sinn staatsbürgerlicher Erziehung verbinden, dann werden wir das Ziel des Schulgesetzwerkes 1962, das vielleicht hier in dieser Stadt seine höchste Vollendung finden wird, erreichen.

Ein so geschärftes Unterscheidungsvermögen gewährleistet erst jenes geistige Klima der Demokratie, in dem die Toleranz herrscht, der Wille zur Sachlichkeit und eine auf die Einigung zur Sachlichkeit abgestimmte Gesprächssituation.

Wir alle, die wir in dieser Saale sind, haben zum Teil verschiedene Vorstellungen vom Bild dieser Stadt und vom Bild der Menschen, die hier leben. Dieser letzte Sinn des Lebens macht wohl auch den Unterschied unserer politischen Einstellung aus.

Wir wollen, dass die Menschen, die in dieser Stadt leben, gut wohnen, gut versorgt werden, gute Verkehrsverhältnisse antreffen und die Möglichkeiten des heute gebräuchlichen Zivilisationskomforts der Neuzeit finden. Bis zu diesem Punkt

sind wir uns wohl einig, dann aber erhebt sich die Frage, wozu und zu welchem Zweck soll der Mensch die besseren Möglichkeiten genießen.

Es wäre denkbar, die Fürsorge- und Vorsorgegemeinschaft der Familie nach und nach aufzulösen, die Kleinsten in die Kinderkrippen und Krabbelstuben, die Kleinen in die Kindergärten, die Schulpflichtigen in die Internatschulen, die in Berufsausbildung Begriffenen in Heime, die Erwerbstätigen in öffentliche Ausspeisungen, die Kranken und Müden in öffentliche Krankenhäuser, die Alten in Versorgungshäuser zu schicken. Die Wiener Volkspartei unterstützt die Ausgestaltung all dieser Einrichtungen im Sinne einer richtigen, langfristigen Rangordnung, wobei es wohl gar nicht genug Einrichtungen dieser Art gibt, um die Erfordernisse der modernen Wohlfahrtsgemeinschaft zu erfüllen.

Aber sie weiss, dass es eines Tages zu wenig Säuglingspflegerinnen, oft zu wenig Kindergärtnerinnen, eines Tages zu wenig Lehrer und Erzieher, schon jetzt zu wenig Krankenpflegerinnen und schließlich überhaupt zu wenig helfende, pflegende und heilende Hände geben wird, um alles mit den Mitteln der öffentlichen Hand zu tun, was bis jetzt die Hand einer Mutter oder eines Vaters getan haben.

Nach dem grossartigen revolutionären Aufstieg der öffentlichen Wohlfahrt, ist die Bilanz des Erfolges an der Zeit. Die englische Arbeiterpartei hat nach dem 2. Weltkrieg genaue Untersuchungen darüber angestellt, was von all diesen öffentlichen Wohlfahrtsaufgaben die öffentliche Hand und was die Familie besorgen soll. Die Familie, die die erste und unersetzliche Heimstätte der Kulturtradition ist, muss aber dazu nicht nur ideell-geistig, sondern auch biologisch-materiell gerüstet werden.

Da man nun nicht alles zugleich und gleich stark tun kann, nämlich ideelle und materielle Familienförderung und grösstmögliche Ausstattung der öffentlichen Wohlfahrt, stehen wir an dem Punkt, an dem von neuem Milliardeninvestitionen in Gemeinden, Land und Staat erwogen werden sollen, worin

die künftige Belastung des öffentlichen und des freien Wohlfahrtswesens bestehen soll und was von dem Nationalprodukt jener kleinen, runden und heiteren Welt zugute kommen soll, in der sich das Leben, das Glück und der Lebenserfolg der Familie erfüllen.

Alle Fortschritte der Zivilisation können und dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es unter dem hochaufragenden Überbau der Wohlstandsgesellschaft Depressionsgebiete gibt, in denen sich menschliche Tragödien abspielen, zu deren Verhütung die öffentliche Hand oft zu spät, zu deren Linderung sie oft überhaupt nicht gelangen kann. Ersparen Sie mir bitte in dieser Stunde die Erwähnung der traurigen Statistiken solcher Fehlhaltungen und menschlichen Unglücks. Dieses Unglück soll ja nicht der Gegenstand unserer Polemiken sein sondern der Anlass für das gemeinsame Bemühen zum Ausheilen der Wunden.

So wie das Leben des einzelnen von einem Sinn geleitet werden muss, um glücklich zu verlaufen, muss auch der Existenz dieser Stadt ein tiefer Sinn zugrunde liegen.

1914, bei Ausbruch des ersten Weltkrieges war Wien, was die Bevölkerungszahl anlangte, eine der sechs grössten Metropolen der Erde, übertroffen lediglich von London, Paris, Berlin, New York und Tokio. Heute rangiert Wien in dieser Hinsicht etwa an 50. Stelle hinter einem halben Hundert anderer Grosstädte aller Kontinente. Nun kann es unser Ehrgeiz nicht sein, wieder einen rein zahlenmässigen Rang an der Spitze zu erlangen. Die Funktion einer Weltstadt kann überhaupt nicht organisiert werden. Sie ergibt sich vielmehr daraus, dass einer Grosstadt eine weltstädtische Funktion zukommt.

Dem Wien von 1914 kam dieser Rang als Reichshaupt- und Residenzstadt eines grossen Vielvölkerreiches inmitten Europas zu. Viele, ja die meisten Weltstädte beziehen ihre weltstädtische Funktion aus einem derartigen Charakter, der ihnen zufällt, weil sie der Mittelpunkt einer politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gemeinschaft von weltweiter Bedeutung sind. Die Hauptstädte in den USA und der UdSSR, Frankreichs und Japans haben daher an sich diesen Rang.

Daneben gibt es aber auch die Hauptstädte von kleineren Staaten, die heutzutage nicht viel grösser sind als Österreich und die dennoch eine Weltstadtbedeutung erlangt oder bewahrt haben. Ich nenne hier die Hauptstadt Belgiens Brüssel, den derzeitigen Mittelpunkt einer wirtschaftlichen Organisation weltweiter Bedeutung. Und ich nenne Rotterdam, das in Verbindung mit Amsterdam auch nach dem Ende der Kolonialmacht der Niederlande als der grösste Hafen Europas nunmehr im Rang bereits den Hafen New Yorks überflügelt hat.

Wir brauchen eine Funktion Wiens von weltweiter Bedeutung nicht weit herzuholen. Sie ergibt sich aus der natürlichen Verbindung der Tradition dieser Stadt mit ihrer heutigen Funktion in der Schnittlinie der zweigeteilten Welt. Wenn meine Freunde und ich vom clearing-point Wien sprechen, dann verstehen wir darunter vor allem ein wohltemperiertes Klima, das politisch, geistig und menschlich in dieser Stadt vorhanden sein muss, damit diese Stadt nicht nur Brennpunkt des Geschehens sondern ein ausstrahlendes Zentrum ist.

Nach dem grossen Morden und den Katastrophen der letzten 50 Jahre mehrt sich die Einsicht, dass der Tod kein Programm ist, dass das Glück des einen nicht über dem Grabhügel des anderen aufgebaut werden kann und dass wir nicht nur Handel treiben sollen, damit wir einen Profit ziehen, sondern zu dem Zweck, dass wir alle leben.

Die bürgerliche Gesellschaft des 19. Jahrhunderts erlebte ihre Krisis, die daraus entstand, dass sie das 'innere Proletariat' mit den Mitteln der Wohltätigkeit besänftigen wollte, anstatt die Gewichte gerecht und gleichmässig zu verteilen.

Die freie Welt des Westens steht jetzt vor der Versuchung, das 'äussere Proletariat', die Millionen der Unglücklichen in den schwach entwickelten Ländern, gleichfalls mit Almosen der Wohltätigkeit besänftigen zu wollen. Angesichts dieses letzteren Problems weitet sich aber bereits in diesen Tagen der Ost-West-Konflikt der vierziger und fünfziger Jahre zu einer neuen Problematik aus, die jetzt im ganzen Umkreis der Windrose besteht.

Das beste an der Tradition der Wiener und der Österreicher war eine besondere Art Mensch zu sein inmitten 12 oder 15 verschiedener Nationen und Nationalitäten, Religionsbekenntnisse, Rassen- und Kulturkreise. Auf dem Höhepunkt der nationalen und sozialen Revolution des 20. Jahrhunderts ist die Vorwegnahme eines humanistischen Integrationsversuches gescheitert.

Was damals im Umkreis Wiens europäische Ausmaße besass, besitzt heute Weltrangbedeutung. An diesem Punkt und in solchen Proportionen von Aufgaben und Problemen sollte sich der Geist dieser Stadt aufs neue versuchen und sich zu Leistungen erheben, die bereits in der Vergangenheit den unvergleichlichen Rang Wiens ausgemacht haben.

Wir werden dann nicht mehr darüber zu klagen haben, dass es in dieser Stadt zu viele Nachschaffende und wenig Neuschaffende gäbe; wir werden nicht darüber zu klagen haben, dass sich oft so viele der Besten und Klügsten nur in einem kritischen Sinn mit dem Politischen beschäftigen; und wir werden auch nicht zu fürchten haben, dass vielleicht Arbeit und Brot ausbleiben, da wir zunächst scheinbar nur Ideen verwirklichen wollen.

An diesem Punkt der Betrachtungen pflegt oft der Konflikt zwischen dem Materialismus und dem Idealismus aufzutreten. Wahrscheinlich sind wir alle, wir auf der Rechten und Sie auf der Linken, bereits über diesen Punkt der Polemik hinweggeglitten. Gefragt und umstritten ist weniger Materialismus oder Idealismus, gefragt ist Humanismus. Notwendig ist der Humanismus, den wir brauchen, damit wir überleben. Dieser Humanismus, der ein Teil des 'unvergänglichen Liberalismus' ist, der einmal in dieser Stadt geherrscht hat und das Monument der Ringstrasse hinterlassen hat, könnte sich mit einem 'christlichen Humanismus' und mit einem 'Humanismus sozialistischer Prägung' verbinden zu neuer Verfestigung unseres menschlichen Daseins in dieser Welt.

Die Wiener Volkspartei will in diesem Sinne einem Bild des Menschen und einem Bild dieser Stadt dienen. Sie ist ein Kind dieser Stadt und nimmt es daher ernst mit ihrem Heimatrecht in Wien, das sie mit anderen teilt. Wie immer das

politische Geschehen der nächsten Tage verlaufen wird, rechnen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, mit einer positiven Wien-Politik der ÖVP, auf den Ebenen des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Wir werden uns weder abseits stellen, noch in eine Abseitsfalle laufen. Wir werden dort stehen, wo für Wien gearbeitet wird und die besten Ideen, woher immer sie kommen mögen, werden uns nicht nur als sachliche Kritiker und Kontrolloren antreffen, sondern vor allem als Mitarbeiter bei ihrer Verwirklichung."

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) betont, daß seine Fraktion zwar das Wahlergebnis zur Kenntnis nehme, sich jedoch nicht damit abfinden könne, daß ihre Partei als kleine politische Gruppe die zahllosen Ungerechtigkeiten des herrschenden Wahlsystems auskosten müsse. Die Stimmen der FPÖ seien weitaus "teurer" als jene der beiden großen Parteien. Bei einer gerechten Aufteilung der Gemeinderatssitze müßte sich für seine Partei ein Stimmenanteil von sechs Mandaten ergeben. Es sei daher nur recht und billig, erneut die Schaffung eines gerechten Wahlsystems zu fordern. Jetzt falle ja auch die bisher stets vorgebrachte Ausrede weg, vor der Wahl könne man das Wahlsystem nicht ändern; jetzt sei Zeit genug da, das Unrecht zu beseitigen.

Durch die Tatsache, so fährt GR. Dr. Schmidt fort, daß die Verhandlungen über die Bildung des neuen Stadtsenates noch immer nicht abgeschlossen sind, sei hier im Gemeinderat eine kuriose Situation entstanden. Es säßen nämlich Stadträte hier, die in der kommenden Funktionsperiode nicht mehr hier sein werden und daher auch nicht mehr verantwortlich sein können. In der Bevölkerung jedenfalls erhebe sich die Frage, warum solange verhandelt werde, da doch eigentlich nur mehr die Zusammensetzung des neuen Stadtsenats offen sei. Die Verhandlungen hätten sich auf einen Punkt zugespitzt, nämlich auf die Stellung des Bürgermeisters und auf die Frage, ob der neue Vizebürgermeister der ÖVP auch einen Stadtratsposten erhalten solle. Es ginge also wieder einmal um Posten! Letztlich aber werde es so kommen, wie es immer gekommen sei: eine neue Koalitionsvereinbarung werde getroffen werden. Die Bevölkerung aber werde mit Recht darauf bestehen, zu erfahren, auf welcher Grundlage die neue Koalition stehe.

Nachdem GR. Dr. Schmidt die Äußerung von Bürgermeister Jonas in der Wahlnacht, wonach das sozialistische Wahlprogramm auch das kommende Kommunalprogramm sein sollte, als "unglückliches Wort" bezeichnet hat, stellt er fest, daß die FPÖ-Opposition ihren Anteil zur künftigen Arbeit beitragen werde.

Als nächster Redner ergreift Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) das Wort. Er sagt: Ein verhältnismäßig großer Teil der Gemeinderatsmitglieder erlebt eine solche konstituierende Sitzung nun zum erstenmal. Das Erhebende an dieser Sitzung sei der Versuch, sich ein Arbeitsprogramm für die nächsten fünf Jahre zurechtzulegen. Dabei dürfen wir nicht übersehen, daß wir alle Zeugen eines gesellschaftlichen Wandlungsprozesses sind, den man nur in einem größeren Zeitraum sehen kann. Die letzten Jahrzehnte haben im Rahmen dieses Wandlungsprozesses eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung mit sich gebracht.

Bei der letzten Wahl vor mehr als einem Monat haben die Wiener darüber entschieden, wie die Arbeit in unserer Stadt fortgesetzt werden soll. Das Wahlergebnis hat dabei die Mehrheit dieses Hauses bestätigt. Die Sozialistische Partei konnte wieder 60 Mandate erreichen und 10.500 Stimmen dazugewinnen. Seit mehr als 45 Jahren - mit Ausnahme der Kriegsjahre - trägt die SPÖ die Verantwortung für die Arbeit in unserer Bundeshauptstadt. Die Bevölkerung kann Vergleiche anstellen, mit der Zeit vor und nach dem ersten Weltkrieg, mit der Zeit in den Jahren von 1934 bis 1938 und von 1938 bis 1945. Sie kann daher auch abschätzen und abwägen, welche Leistungen seit 1945 in unserer Stadt gesetzt wurden.

Dabei dürfen wir nicht vergessen, wie schwer es war, nach 1945 wieder zu beginnen. Nur wenige Menschen waren damals Optimisten, trotzdem sind alle mit Tatkraft darangegangen, unsere zerstörte Stadt wieder aufzubauen und die soziale Gemeinschaft wieder zu errichten. Auf die Wiederaufbauarbeit in den ersten zehn Jahren nach Kriegsende dürfen alle Wiener sehr stolz sein. Unsere Aufbauarbeit war naturgemäß anders als in anderen Städten. Es war damals nicht unser Ehrgeiz, Glas- und Chromhäuser herzustellen, sondern wir wollten den Charakter unserer Stadt bewahren. Unser Wiederaufbau hat nicht zuletzt dazu geführt, daß die Wiener wieder zu ihrem Wienertum zurückgefunden haben.

Im zweiten Jahrzehnt nach Kriegsende sind wir nun darangegangen, Wien zu einer Weltstadt zumachen. Aus der langen Liste der großen

Bauten, die in diesem zweiten Jahrzehnt entstanden sind, seien nur die folgenden angeführt: das Museum der Stadt Wien, die Stadthalle, das Planetarium, das Pädagogische Institut, das Theater an der Wien, der Donaupark, Pensionisten- und Studentenheime, Schulen für körperbehinderte Kinder, Schwesternheime, Kindergärten, Wohn- und Schulgebäude, Spiel- und Sportplätze, Verkehrsbauten und vieles andere mehr. Aber auch der steigende Fremdenverkehr, Wien als internationaler Tagungsort und Sitz internationaler Behörden und zahlreiche andere Dinge sind Beweise genug für den Aufschwung Wiens zu einer Weltstadt. Wir können stolz darauf sein, daß wir die Entwicklung in anderen Millionenstädten aufgeholt und viele Städte sogar überholt haben. Immer wieder kommen Fachleute zu uns, um unsere Neuschöpfungen, die einmalig auf der Welt sind, zu studieren.

Kommen wir in diesem Zusammenhang zu einer aktuellen Frage: Es wird oft diskutiert, ob das Wachstum Wiens auch tatsächlich einer Entwicklung zur Weltstadt entspricht. Wir können natürlich nicht mit Moskau oder New York konkurrieren. Die Größe einer Stadt richtet sich auch nach der Größe des Landes, und es wird wohl niemand daran zweifeln, daß die Einwohnerzahl Wiens in einem gesunden Verhältnis zur Einwohnerzahl Österreichs steht. Ob die Zukunft Wiens optimistisch beurteilt werden kann, darf man nicht nur am Wachstumsprozeß der Stadt ablesen - obwohl auch dieser Prozeß den Optimismus rechtfertigt -, sondern vor allem auch an der Jugend- und Familienpolitik, die in Wien betrieben wird, und daran, was wir aus eigener Kraft alles zu ersetzen vermögen. Die Tatsache, daß die Geburtenzahl in Wien Jahr für Jahr um fast 1.000 steigt, kann uns wohl mit berechtigtem Stolz erfüllen.

Niemand in Österreich soll neidisch oder eifersüchtig auf Wien blicken. Alle Österreicher haben allen Grund, auf die Entwicklung Wiens stolz zu sein! Wir Wiener lieben die Bewohner aller Bundesländer, wir hoffen aber auch auf Gegenliebe zu stoßen.

Leider aber gibt es immer wieder auch Brunnenvergifter, die sich der Hilfe verschiedener Massenmedien erfreuen. Leider sind nicht alle österreichischen Journalisten begeisterte Vertreter des Zusammengehörigkeitsgefühls. Liest man manche Zeitungen, so muß man sich schämen, daß es österreichische Journalisten sind, die solche Artikel schreiben.

Wir Österreicher sollten nicht nur dann zusammenhalten, wenn es uns schlecht geht, sondern auch dann, wenn es uns gut geht. Von diesem Gesichtspunkt aus muß auch die Politik in unserem Rathaus objektiv beurteilt werden. Wir wollen aber nicht nur Liebeserklärungen abgeben, sondern das Bundesland Wien kann mit Recht verlangen, daß es nicht schlechter behandelt wird, als die anderen acht Bundesländer.

Die nächsten Jahre werden viel Arbeit und viel Mühe bringen. Wir dürfen aber auch erwarten, daß unsere Bevölkerung den zahlreichen Problemen der Gesellschaft Verständnis entgegenbringt. Wir fühlen uns als Diener der Wiener Bevölkerung, und so gehen wir auch an die Arbeit, von der wir hoffen, daß sie so fortgesetzt werden kann, wie bisher.

In die kommende Legislaturperiode unserer Stadt fallen große Feiertage der Republik Österreich. Im nächsten Jahr feiern wir das 20jährige Bestehen der Zweiten Republik, und zehn Jahre sind seit dem Abschluß des Staatsvertrages vergangen. 1968 werden wir den 50. Jahrestag der Gründung der Republik Österreich begehen, und wir Wiener fühlen uns als treue Wächter unserer demokratischen Republik.

Leider ist der Finanzausgleich mit dem Bund noch immer nicht abgeschlossen. Wird nach einem zweijährigen Provisorium die vorläufige Lösung noch für ein drittes Jahr verlängert werden? Den Gemeinden entstehen durch das neunte Schuljahr neue Belastungen in Milliardenhöhe, die Erhaltung der Spitäler wird immer schwieriger. Dabei muß betont werden, daß nicht nur in den Universitätsstädten, sondern in allen Teilen des Landes genügend Spitalsbetten verfügbar und erreichbar sein müssen. Die explosionsartige Entwicklung des Straßenverkehrs, die Wasserversorgung, die Probleme der Kanalisation und der Luftverunreinigung stellen die Gemeinden vor Aufgaben, die einen Milliardenaufwand erforderlich machen. Diese Aufgaben können von Ländern und Gemeinden aus eigener Kraft nicht bewältigt werden. Eine neue Verteilung der Lasten auf alle Gebietskörperschaften wird daher immer dringlicher. Auch der Bund wird sich dieser Notwendigkeit nicht entziehen können.

Neue Probleme sind zu erwarten: In irgendeiner Form wird ein wirtschaftlicher Zusammenschluß in Europa realisiert werden. Viel mehr als bisher wird sich die österreichische Wirtschaft mit

der Europas und der Welt zu messen haben. Darauf muß sie sich vorbereiten! Leider geschieht noch viel zu wenig auf diesem Gebiet. In Wien wird jedoch dieser Frage besonderes Augenmerk zugewendet. Wien muß seine günstige Situation als Schnittpunkt zwischen Ost und West zum Wohle des ganzen Landes ausnützen und kann dadurch auch zum Abbau der Gegensätze in der Welt beitragen. Alle gesetzlichen Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag müssen natürlich genau eingehalten werden.

Die kleinste Gemeinschaft in unserer Republik darf bei allem nicht übersehen werden: Für die Sozialisten ist das Wort "Familie" kein leeres Schlagwort. Alle sozialen Maßnahmen, der Bau von Kindergärten, Altenheimen und neuen Wohnungen haben letztlich den Sinn, die Familie zu fördern und zu erhalten.

Unser Wohnbauprogramm sieht die Schaffung von mindestens 45.000 Wohnungen in den nächsten fünf Jahren vor. Das bedeutet den Neubau einer Stadt, so groß wie Linz! Dies neben den übrigen Großprojekten, wie etwa der Straßenbahn unter der Innenstadt oder der vierten Donaubrücke. Beide Vorhaben werden nach dem derzeitigen Kostenstand je 800 Millionen Schilling erfordern.

Zuweilen hört man die Ansicht, daß der Bund nunmehr seine Verpflichtungen für den Wiener Straßenbau erfülle. Davon kann freilich noch lange keine Rede sein. Nur eine erste grundsätzliche Anerkennung der Wiener Rechte wurde erreicht. Von den 9.000 Kilometern Bundesstraßen in Österreich liegen noch immer nur rund 100 Kilometer in Wien. Der Bund hätte also noch bedeutend größere Verpflichtungen gegenüber dem Wiener Straßennetz.

Wien kämpft auch mit dem "ruhenden Verkehr" und man ruft bereits nach einem "sozialen Garagenbau". Man wird sich sehr ernsthaft überlegen müssen, welche Verpflichtungen die Gemeinde gegenüber dem einzelnen hat und welche Aufgaben sich nicht auf die Allgemeinheit abwälzen lassen. Persönlich bin ich der Meinung, die Stadt soll den Garagenbau fördern, aber seine Durchführung doch der Privatinitiative überlassen.

Wien hat die Probleme der Vergangenheit bewältigt und wird auch die Aufgaben der Gegenwart meistern.

Es wird die Voraussetzung für eine glückliche Zukunft und gedeihliche Entwicklung der Stadt schaffen. Die Sozialistische Gemeinderatsfraktion wird der Stadtverwaltung in allen damit verbundenen Aufgaben die beste Stütze sein.

Konstituierung des Wiener Landtages

Nach der Rede von Vizebürgermeister Slavik wird die Gemeinderatssitzung zur Konstituierung des Wiener Landtages unterbrochen. Abg. Marek referiert einen Antrag von Dr. Stemmer, die Wahlen der Landtagsfunktionen durch Erheben der Hand zu vollziehen. Der Antrag wird mit der erforderlichen Mehrheit angenommen. Unter dem Vorsitz von Abg. Mühlhauser wird der Erste Präsident des Landtages gewählt, für den die SPÖ das Vorschlagsrecht hat. Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP wird wiederum Bruno Marek zum Ersten Landtagspräsidenten gewählt. Zweiter Präsident wird Abg. Karl Mühlhauser (ÖVP), Dritter Präsident Abg. Helene Potetz (SPÖ).

Es erfolgt die Wahl der neun Mitglieder des Immunitätskollegiums und der neun Mitglieder des Unvereinbarkeitsausschusses.

Die Vertreter Wiens im Bundesrat

Der Landtag wählte schließlich jene zwölf Personen, die als Vertreter des Landes Wien in den Bundesrat entsandt werden. (Sie müssen dem Landtag nicht angehören, sondern nur zu ihm wählbar sein.) Die SPÖ nominiert acht, die ÖVP vier Kandidaten. Die SPÖ entsendet: Otto Skritek, Alfred Porges, Rudolfine Muhr, Leopold Gratz, Dr. Friedrich Koubek, Gertrude Wondrack, Otto Schweda und Franz Bednar. Die ÖVP nominiert: Fritz Eckert, Ing. Rudolf Harramach, Albert Römer und Karl Titze. Nachdem d'Hondt'schen System entfallen die einzelnen Bundesratsmandate auf die wahlwerbenden Parteien in folgender Reihenfolge: Auf die SPÖ entfällt die erste, dritte, vierte, sechste, siebente, neunte, elfte und zwölfte Stelle. Auf die ÖVP entfällt die zweite, fünfte, achte und zehnte Stelle. Die vorgeschlagenen Kandidaten werden mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP in den Bundesrat gewählt.

Die nächsten Aufgaben des Wiener Landtages

Anschließend skizziert Erster Präsident Marek die Aufgaben des Wiener Landtages in der kommenden Legislaturperiode.

In der Bundesverfassungsnovelle 1962, mit der dem österreichischen Gemeinderecht eine neue, moderne verfassungsrechtliche Grundlage gegeben wurde, wird festgelegt, daß die zur Anpassung der Organisation der Gemeindeverwaltung an das neue Verfassungsrecht erforderlichen Landesgesetze bis zum 31. Dezember 1965 zu erlassen sind. Bis 31. Dezember 1968 müssen alle Rechtsvorschriften des Landes daraufhin überprüft werden, ob sie mit den neuen verfassungsrechtlichen Vorschriften in Einklang stehen. Wo Änderungen notwendig sind, müssen diese vorgenommen werden. Unter anderem wird es notwendig sein, mit Rücksicht auf die Straßenverkehrsordnungsnovelle 1964 ein Ausführungsgesetz bezüglich der Vornahme des Alkoholtests, und zwar über die Blutabnahme in einer öffentlichen Krankenanstalt zu schaffen sowie ein Gesetz zur Sicherung des Schulweges. Ferner wird im Zusammenhang mit dem Straßenverwaltungsgesetz auch eine Neuregelung der bisher im Gebrauchsgebührengesetz geregelten Materien nötig sein. Notwendig wird auch die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für den Rettungs- und Krankenberförderungsdienst sowie ein Gesetz, das sich mit Maßnahmen zur Rehabilitation der Körperbehinderten beschäftigt.

Den geänderten Verhältnissen auf dem Gebiet der Müllabfuhr wird ebenfalls durch eine Neuregelung Rechnung getragen werden müssen. Es müßte auch für den Landtag die Möglichkeit geschaffen werden, nicht nur die für die Ausgaben notwendigen Beschlüsse zu fassen, sondern auch über die im Budget verankerten Einnahmen Entscheidungen zu treffen. In einträchtiger Zusammenarbeit müssen die gesetzlichen Voraussetzungen im Interesse des Bundeslandes Wien geschaffen werden.

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

11. Dezember (RK) Im Anschluß an den Wiener Landtag wird die Sitzung des Gemeinderates unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas fortgesetzt. Da kein Einwand erfolgte, wird über den Rechnungsabschluß 1963 und den Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über wichtigere Wahrnehmungen unter einem verhandelt werden.

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) teilt einleitend mit, daß der Rechnungsabschluß vom 4. bis 18. November zur öffentlichen Einsicht aufgelegt war. Zwölf Gemeindemitglieder, und zwar zehn Männer und zwei Frauen haben vom Recht der Einsichtnahme Gebrauch gemacht. Es wurden vier Erinnerungen abgegeben, von denen eine die Errichtung von Hausdurchgängen verlangt, eine die Aufhebung einer Einbahnstraße und der Rest sind Ansuchen um Wohnungszuweisung.

Wenn man auf den Ablauf des Jahres 1963 zurückblickt, sollen einige interessante Dinge nicht unerwähnt bleiben. Die Prognose für das Jahr 1963 ist bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung richtig gewesen. Der Beschäftigtenstand ist, wie angenommen, weiter gestiegen, ebenso die Produktion und die Produktivität. Die Beschäftigungslage und der Auftragsstand waren gut. Besonders erfreulich war bei der wirtschaftlichen Entwicklung, daß nicht nur die Konsumgüterindustrie über eine gute Beschäftigungslage berichten konnte, sondern daß vor allem eine deutliche Erhöhung am Investitionssektor zu verzeichnen war. Auch die Geldeinlagen bei den Geldinstituten stiegen weiter und haben Rekordhöhen erreicht. Unerfreulich war im Jahr 1963, daß die Löhne und Preise sich weiter aufwärts entwickelt haben. So günstig sich die wirtschaftliche Entwicklung auf die Einnahmen ausgewirkt hat, so günstig machen sich die Preis- und Lohnsteigerungen auf der Ausgabenseite bemerkbar. Rechnete man im Voranschlag 1963 mit Einnahmen von 6.804,3 Millionen und Ausgaben von 7.013,5 Millionen Schilling, also mit einem Abgang von 209,2 Millionen, so zeigt eine Gegenüberstellung, daß die Einnahmen tatsächlich 7.534 Millionen ausmachten, die Ausgaben 7.660,5 Millionen und der Abgang daher 126,5 Millionen Schilling. Die Mehreinnahmen betragen demnach 729,6 Millionen, die Mehrausgaben rund 647 Millionen. Wenn man die Zinsenzuführung von 20,3 Millionen Schilling und das Notopfer an den Bund in Höhe von 106,2 Millionen Schilling rechnet, das man

bei der Erstellung des Voranschlages nicht berücksichtigen konnte, zeigt sich, daß ein absolut realer Voranschlag erstellt wurde. Unsere Rücklagen gingen daher von 737.969,5 Millionen auf 631.726,2 Millionen Schilling zurück. Die Einnahmen setzen sich zusammen aus Landes- und Gemeindeabgaben einschließlich Zuschläge zu Bundesabgaben in Höhe von 1.630,4 Millionen (22,3 Prozent), Einnahmen aus dem Finanzausgleich 2.791,3 Millionen (38,2 Prozent) und Gebühren und sonstigen Einnahmen von 2.894,2 (39,5 Prozent). Zu diesen Einnahmen kommen weitergegebene Darlehen im Ausmaß von 218,2 Millionen Schilling.

Vizebürgermeister Slavik verweist darauf, daß es falsch sei, wenn immer wieder behauptet wird, die Gemeinde Wien bekomme Geld vom Bund. So wurde in einer Fernesehsendung behauptet, daß die Gemeinde Wien 37 Prozent ihres Budgets vom Bund erhalte. Grundsätzlich ist dazu zu sagen, daß der Finanzausgleich kein Geschenk des Bundes an eine Gebietskörperschaft ist. Es wird dort vielmehr festgelegt, welche Teile von verschiedenen Steuern - sogenannte gemeinschaftliche Bundesabgaben - einer Gebietskörperschaft zufließen. Der Finanzausgleich stellt also kein Geschenk dar. Man kann auch gar nicht oft genug wiederholen, daß nicht die Bundesländer für Wien bezahlen, sondern umgekehrt. Wien hatte 1963 ein Steueraufkommen von 4.130 Millionen Schilling, auf Grund des Finanzausgleichs gingen von diesem Betrag jedoch 1.339 Millionen an die Bundesländer. Ebenso ist es bei Einnahmen aus dem Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer, die fast zur Gänze für den Straßenbau in den Bundesländern verwendet werden.

Die wichtigsten Aufwandgruppen auf dem Ausgabensektor: Personalaufwand 2.088,2 Millionen (28,1 Prozent), Sachaufwand 3.129,3 Millionen (42 Prozent), Investitionen 2.224,9 Millionen (29,9 Prozent). Das ergibt Ausgaben in Höhe von 7.442,4 Millionen, wenn man die weitergegebenen Darlehen dazurechnet von 7.660,5 Millionen Schilling. Die Mehrausgaben auf dem Personalsektor (rund 78 Millionen) sind durch Lohnerhöhungen verursacht worden. Weitere Mehrausgaben wurden durch die vermehrte Gewährung von Darlehen für die Instandsetzung des alten Hausbesitzes und für die Herstellung von Kanalanschlüssen verursacht.

Diese Beträge sowie jene, die zusätzlich für Schulbauten verwendet, für die Errichtung des Donauparkes, Behebung von Frostschäden usw. gehen auf Beschlüsse des Wiener Gemeinderates bzw. der Gemeinderatsausschüsse zurück. Der Finanzreferent selbst hat ja fast überhaupt kein Entscheidungsrecht.

Vizebürgermeister Slavik verwies dann auch auf eine Schwierigkeit, die ständig zu schaffen macht, und die aber gar nicht beeinflußt werden kann: so unglaublich es klingt, das Wetter! Nach unserer Haushaltsordnung wird jedes Monat über ein Zwölftel des Budgets verfügt. Wenn wir nun zum Beispiel im November starken Frost bekommen, steht die ganze Bauwirtschaft und die Ausgaben werden dann nicht verwendet. Können die Bauarbeiten bei schönem Wetter weitergehen, so ist das Defizit außerordentlich groß.

Der Bericht des Kontrollamtes

Aus dem Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien geht hervor, welche großen Aufgaben in den letzten Jahren bewältigt wurden. So hat eine Untersuchung über den Stromverbrauch eine Steigerung von 148,7 Prozent seit dem Jahr 1952 ergeben. Dabei ist interessanterweise der Haushaltsstromanteil stärker gestiegen als der von Gewerbe und Industrie. Beim Gasverbrauch ergibt sich eine Steigerung von 115 Prozent, wobei hier die prozentuelle Steigerung bei Gewerbe und Großabnehmern größer als bei den Haushalten ist. Der Wasserverbrauch hat um 31 Prozent zugenommen. Interessant sind auch die Zahlen über die Müllbeseitigung. 1937 waren es 460.000 Kubikmeter Mist und 1963 mehr als eine Million Kubikmeter. Nur die Hälfte des Mülls wird in der Verbrennungsanlage verbrannt, deshalb die Überlegungen, eine zweite Anlage zu errichten.

Jedenfalls kann man aus diesen Angaben ersehen, wie groß die Aufgaben waren, die in den vergangenen Jahren gelöst werden mußten. Der Referent beschäftigt sich dann mit den Beteiligungen und Gesellschaften, an denen die Stadt Wien zu mehr als 50 Prozent beteiligt ist. Der Großteil dieser Unternehmungen wirtschaftet außerordentlich gut. Der Kontrollantsbericht beschäftigt sich auch mit den Krankenanstalten. Es wurde festgestellt, daß wir das ganze Jahr hindurch 15 Prozent Niederösterreicher in unseren Spitälern liegen haben. Wir denken nicht daran, irgendwie den Versuch zu unternehmen, Kranke nicht in die Spitäler zu nehmen,

betonte Vizebürgermeister Slavik, wenn sie nur bei uns geheilt werden können. Schwierig ist es jedoch, wenn man uns Kranke herschickt, die nicht unbedingt in unseren Spitälern liegen müssen.

Eine erfreuliche Entwicklung ist bei der Tbc festzustellen. 1958 gab es noch 1.975 neue Tbc-Fälle, 1963 nur mehr 1.288. Die Gesamtzahl der Tbc-Kranken betrug 1958 20.577 und ist 1963 auf 14.580 gesunken. Auch die Zahl der Todesfälle sinkt ständig. Ebenso günstig ist die Entwicklung bei der Bekämpfung der Kinderlähmung. 1961 gab es noch 46 Fälle, darunter neun mit tödlichem Ausgang. 1962 waren es nur mehr acht Erkrankungen und 1963 nur mehr eine.

Zur negativen Seite der Spitäler gehört das Defizit, das jährlich 600 Millionen Schilling ausmacht. Wir haben nun in Verhandlungen mit dem Sozialversicherungsträger eine Pflegegebühren-erhöhung um zehn Schilling auf 104 Schilling erreicht. Aber bereits 1963 betrugen die Kosten pro Kopf und Tag 232 Schilling. Wir meinen daher, daß die Republik Österreich auf dem Gebiet des Gesundheitswesens einen größeren Beitrag leisten müssen wird.

Zur Baupreisentwicklung bemerkte der Referent, daß die Kosten pro Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche von 1.750 Schilling im Jahre 1958 auf 2.856 Schilling gestiegen sind. Auch der Durchschnittspreis einer Wohnung ist in den letzten Jahren gestiegen, allerdings zum Teil wegen der besseren Ausstattung. 1956 betrug der Durchschnittspreis 92.000 Schilling und jetzt 172.000 Schilling.

Abschließend stellte Vizebürgermeister Slavik die formellen Anträge zur Genehmigung des Rechnungsabschlusses und des Berichtes des Kontrollamtes. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Debatte über Rechnungsabschluß und Kontrollamts-Bericht

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) bezeichnet die Verminderung des Defizits gegenüber dem Voranschlag als erfreulich, wendet sich jedoch gegen die Belastung durch das Notopfer. Die Allgemeinen Rücklagen sind von 840 Millionen auf 649 Millionen gesunken und das in Zeiten einer Wirtschaftskonjunktur.

Der Redner übt auch Kritik am Bericht des Kontrollamtes, das bei den Versorgungsbetrieben unserer Stadt keinen Weg aus den bestehenden Schwierigkeiten aufzeigt. Er kritisiert ferner die Beteiligungen der Stadt Wien und meint, es sei nicht alles Gold, was sich als Gemeinwirtschaft zu glänzen bemüht. Dies zeige besonders der Verlust der Heilmittelwerke aber auch das traurige Kapitel der Fleischwerke Ges.mbH.

Man sollte in diesem Zusammenhang nicht daran denken, nur hochaktive Unternehmen zu veräußern, wie zum Beispiel die Gewista, sondern auch unrentable abstoßen. Die Stadt Wien sollte sich überhaupt nicht zu sehr als Unternehmer betätigen, da dies über den Aufgabebereich einer Stadt hinausgehe. Einen Hinweis darauf hätte man auch vom Bericht des Kontrollamtes erwartet. Daß darin kein solcher Hinweis enthalten ist, liege vor allem an der Stellung des Kontrollamtes, die anders sei als jene des Rechnungshofes. Das Kontrollamt sei dem Bürgermeister unterstellt, und nicht dem Gemeinderat. Daher sei hier der Appell an den Gemeinderat gerichtet, an eine Änderung der Stadtverfassung in dieser Hinsicht zu denken.

Der nächste Redner, GR. Haag (ÖVP), beschäftigt sich einleitend mit den Einnahmenüberschreitungen und bemängelt, daß die voraussichtliche Einnahmenentwicklung im Budget stets zu gering angesetzt werde. Das sei genau das, was die SPÖ im Parlament dem Finanzminister vorwerfe; hier im Rathaus tue sie das selbst.

Zu den Grundankäufen um 140 Millionen Schilling im Jahr 1963 bemerkt der Redner, daß auch gesagt werden sollte, wieviel von den angekauften Gründen tatsächlich bebaut worden sei und wieviel man in Reserve habe. Er müsse hier davor warnen, daß zu viele Gründe "auf Lager gelegt" werden.

Als viel zu hoch bezeichnet der Redner sodann die Mehrausgaben im Jahr 1963, die im Voranschlag nicht vorgesehen waren und 1.052 Millionen Schilling betragen. Die Überschreitungen machten 13,8 Prozent des Gesamtbudgets aus. Dies sei wohl sehr hoch und bedeute eine namhafte Veränderung des Budgets. Er müsse hier auch eine alte Forderung der ÖVP wiederholen, nämlich jene, in der eine Rangordnung darüber verlangt wird, was zuerst gebaut werden soll und was für später Zeit hat. Außerdem sollte das, was zusätzlich gemacht werden könne, schon vorher in weit größerem Ausmaß festgelegt werden.

Anschließend beschäftigt sich GR. Haag mit den einzelnen Posten der Mehrerträge aus den Steuern und fordert in diesem Zusammenhang unter anderem eine Unterstützung der Lichtspieltheater aus der Vergnügungssteuer sowie die Herausnahme der alkoholfreien Getränke aus der Getränkesteuer.

Bezüglich des Personalmangels - der Stadt Wien fehlen 850 Bedienstete - stellt der Redner fest, man müsse hier genau überlegen, wo der Hebel angesetzt werden kann, damit dieses Problem gelöst wird. An den Schluß seiner Ausführungen stellt GR. Haag den Appell an den Gemeinderat, noch intensiver zusammenzuarbeiten als bisher. Am guten Willen der ÖVP zu dieser Zusammenarbeit solle es nicht fehlen. Im übrigen gebe seine Fraktion den Ansätzen des Rechnungsabschlusses ihre Zustimmung.

GR. Dr. Weninger (ÖVP) wiederholt im Zusammenhang mit dem Kontrollamtsbericht einige Anregungen, die seine Fraktion bereits früher gemacht hat, so zum Beispiel über die Einführung einer Fragestunde im Gemeinderat. Ferner sollten im Kontrollamtsbericht auch Vergleiche zwischen den Ansätzen im Voranschlag und den tatsächlichen Ergebnissen angestellt werden. Daraus könnte man dann ersehen, was von den Vorhaben erreicht wurde und was nicht. Bezüglich der Versorgungsbetriebe, die das Hauptanliegen jeder Gemeindeverwaltung seien, bemerkt der Redner, daß im Kontrollamtsbericht die Frage, ob hier tatsächlich alles programmgemäß verlaufen sei, nicht ganz beantwortet werde.

Der Redner ging auf die Beteiligung der Stadt an privatwirtschaftlichen Unternehmungen ein und stellte die Frage, ob die Montagebaufabrik in Kagran wirklich schneller und rationeller zu bauen vermöge als die herkömmliche Bauweise. Zum Personalstand der Gemeinde wurde bemerkt, er sei geringer als vorgesehen und es könnten noch mehr Posten eingespart werden. Dr. Weninger streifte auch die Modeschule der Stadt Wien, die pro Schülerin jährlich 9.848 Schilling aufwenden muß, wobei jedoch viele Absolventinnen ins Ausland abwandern. Der Redner erwähnte die hohen Kosten für Kindergarten- und Hortplätze und stellte die Frage nach der Zeitgemäßheit der Wiener Armenlotterie sowie nach einer Haftung von 50.000 Schilling für das Pensionistenheim. Er bemängelte, daß bei den ausgewiesenen Kosten für städtische Bauten der Personalaufwand des Stadtbaumes nicht enthalten sei. Abschließend zollte der Redner der Tätigkeit des Kontrollamtes volle Anerkennung und sagte, die ÖVP-Fraktion werde dessen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Der nächste Debattenredner, GR. Jodlbauer (SPÖ), forderte dazu auf, den Rechnungsabschluß 1963 im Zusammenhang mit dem Voranschlag zu betrachten. Er ging auf die Anregung von GR. Haag ein, ein Eventual-Budget zu schaffen, was er nicht für zweckmäßig halte.

Die Praxis der Nachtragsbewilligungen von Geldern durch den Gemeinderat habe sich bewährt und der Stadt keinerlei Nachteile gebracht. Der Gemeinderat könne zu allen Nachtrags-Budgetierungen Stellung nehmen. Nach dem Koalitionsabkommen habe die ÖVP außerdem die Möglichkeit, die Absetzung von Anträgen zu verlangen, bis sie sich über deren Berechtigung Klarheit verschafft haben.

Manche Summen seien nicht sogleich aufgebraucht worden, weil ein harter und langer Winter die Bautätigkeit arg gelähmt habe. Schneeräumung und Frostschäden erforderten mehr Mittel als sonst.

GR. Jodlbauer mahnte auch die Presse zu besonderer Vorsicht in ihrer Berichterstattung über kommunale Schwierigkeiten. So hätten übertriebene Meldungen über den Wassermangel in Wien in der Auslandspresse zu einem völlig falschen Bild über das Ausmaß der Kalamitäten hervorgerufen.

Was die Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer betreffe, seien damit auch in den Kammern Rücklagen geschaffen worden und nicht nur bei der Stadt Wien. Der Gewerbesteuer-Freibetrag von 18.000 Schilling sei wegen der Geldverdünnung freilich revisionsbedürftig. Ein Rückgang der Getränkesteuer liege dagegen nicht im Interesse der Wiener Wirtschaft, zumal 20 Prozent davon für eine Kreditaktion zugunsten des Wiener Schank- und Gastgewerbes verwendet werden.

GR. Jodlbauer betonte ferner die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit der beiden großen Parteien während der letzten fünf Jahre und gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß durch eine Fortsetzung dieser Zusammenarbeit der gesamten Wiener Bevölkerung am besten gedient sei.

Der Kontrollantsbericht gäbe manchen Anlaß zum Nachdenken über mögliche Verbesserungen. Im Augenblick jedoch, wo man diese Anregungen liest, seien ja fast alle Verbesserungen bereits durchgeführt. In Anerkennung des großen Wertes der Arbeit des Kontrollantes werde die SPÖ-Fraktion den Kontrollantsbericht zur Kenntnis nehmen.

Vizebürgermeister Slavik stellt in seinem Schlußwort fest, daß ihn die Diskussionsredner Gelegenheit geben, zu einzelnen Problemen Stellung zu nehmen. Viel wurde über die Rücklagen gesprochen und die Sorge ausgedrückt, daß sie im Laufe der Zeit aufgezehrt würden. Man soll den Kassenstand nicht mit Rücklagen verwechseln.

Den Milliardenkassenstand haben wir seit 1961, wo er erstmals 1.027 Millionen betrug, am 31. Dezember 1963 war er 1.044 Millionen Schilling. Die Rücklagenentwicklung ist von 1961 an zurückgegangen, wobei allerdings die Entwicklung der Rücklagen im gesamten gesehen werden muß. Wir können die Finanzgebarung nicht so genau gestalten, da wir immer ein Auf und Ab haben. 1958 war der tiefste Stand. Ab 1959 ist die Rücklage wieder gestiegen. 1960 waren wir auf 834 Millionen, 1961 auf 824 Millionen, 1962 auf 738 Millionen, 1963 auf 631 Millionen. Wie die Rücklagenentwicklung 1964 sein wird, weiß man noch nicht. Die Anforderungen waren verhältnismäßig groß. Die Bautätigkeit ist noch immer im Gange. Es sei unverständlich, daß man sich einerseits über alle fertiggestellten Bauvorhaben und ihre immer größer werdende Zahl freut, andererseits aber bedauert, daß das Geld dadurch weniger wird. Große Leistungen erfordern aber große Beträge.

Es wurde auch die Frage aufgeworfen, warum in einzelnen Bezirksteilen nicht Gas- oder Stromgeräte in immer größerer Zahl angeschlossen werden können. Wenn wir alle Wünsche auf diesem Gebiet erfüllen möchten, müßten fast alle Wiener Straßen aufgerissen und mit stärkeren Versorgungsleitungen versehen werden. Das geschieht ohnedies bereits in einem solchen Ausmaß, daß immer wieder über die Aufgrabungen geschimpft wird. Was wäre aber, wenn man noch über das gerade Erträgliche hinausginge? Dort wo Straßenumbauten erfolgen, werden auch gleich die entsprechenden und auf längere Sicht ausreichenden Versorgungsleitungen verlegt. Ganz absehen läßt sich jedoch der zukünftige Bedarf auch heute noch nicht.

Zu den Verkehrsbetrieben: So weit auf der Ausgabenseite etwas verändert werden kann, ist es die Aufgabe der Direktion und der leitenden Angestellten und Techniker, Einsparungen und notwendige Maßnahmen durchzuführen. Soweit es sich um Regelungen auf der Einnahmenseite handelt, müssen Beschlüsse und Vorschläge ebenfalls von der Direktion erstattet werden. Es darf sich hier jedoch niemand Täuschungen hingeben. Wenn das Problem so einfach zu lösen wäre, hätte bestimmt schon der eine oder der andere Gemeinderat die entsprechende Idee gehabt.

Zur Wasserversorgung: Viele werden sich schon aus Gründen der Wahlpropaganda gewünscht haben, daß 1964 wieder Wassersparmaßnahmen notwendig sind. Die Stadtverwaltung hat jedoch keinerlei Einfluß auf die Witterung und den Grundwasserspiegel. So weit sie für die Behebung der Wasserschwierigkeiten vorsorgen konnte, hat sie es getan. Von 1953 bis 1963 wurden 920 Millionen Schilling für die Wasserwerke ausgegeben. 1964 haben wir 137 Millionen im Budget und einen Zuschußkredit von 50 Millionen. Acht Millionen davon haben wir jetzt zurückbekommen, da sie heuer nicht mehr verwendet werden konnten. Wie schon wiederholt gesagt wurde, haben also keineswegs finanzielle Gründe den Ausbau des Grundwasserwerkes Lobau verzögert.

Die Errichtung von weiteren Müllverbrennungsanlagen ist nicht an der Bereitstellung der notwendigen Mittel gescheitert. Die im Zusammenhang mit der Errichtung des Neuen Allgemeinen Krankenhauses beabsichtigte Müllverbrennungsanlage muß noch genau geplant werden. Derzeit weiß man noch nicht genau was alles angeschlossen werden soll, wieviel Müll zur Verfügung stehen wird, ob man sie mit einer Stromproduktion koppeln will usw. Wenn alle diese Überlegungen abgeschlossen sind, wird sich der Gemeinderat mit der Beschlußfassung zu beschäftigen haben.

Die Probleme der gemischtwirtschaftlichen Betriebe: Der Gemeinderat wurde noch nie mit der Abdeckung des Defizits eines gemischtwirtschaftlichen Betriebes beschäftigt. Die Entwicklung wäre bei diesen Betrieben eine andere gewesen, hätte man zu Zeiten, als man einen Gewinn verzeichnete, Rücklagen geschaffen. Da die Gemeinde Wien nur 50 Prozent der Anteile besitzt, konnte sie jedoch nicht darauf bestehen. Bei den Heilmittelwerken darf man jedoch nicht vergessen, wie froh wir waren, als wir in jenen Zeiten, da man nur schwer Medikamente bekam, diese von den Heilmittelwerken für unsere Spitäler erhielten. Durch verschiedene Umstellungen wird es dort sicherlich bald möglich sein, das Defizit abzubauen. Auch die Wiener Fleischwerke haben der Wiener Bevölkerung gerade in der schlechten Zeit einen guten Dienst erwiesen, dem Produzenten aber haben sie einen gesicherten Absatz gewährleistet. Die Fleischwerke wurden nunmehr verpachtet und es ist zu erwarten, daß auch sie bald eine aktive Bilanz aufweisen werden.

Zur gemeinsamen Einbringung des Kontrollamtsberichtes und des Rechnungsabschlusses: Es erscheint zweckmäßiger, beides gemeinsam

vorzulegen, natürlich sind dadurch gewisse Verzögerungen entstanden, trotzdem liegt der Bericht in der ersten Sitzung nach den Sommerferien vor.

Die Grundkäufe sind für die Bautätigkeit der Gemeinde auf allen Sparten dringend notwendig. Auf dem Sektor der Grundpreise ist endlich auch eine gewisse Beruhigung eingetreten.

Die Steuerpolitik bei den Kinobetrieben wird so gehandhabt, daß mit den Kinobesitzern zusammengearbeitet und die kleinen Lichtspieltheater besonders berücksichtigt wurden. Die Einnahmen aus der Getränkesteuer werden auch für die Gewährung zinsfreier Kredite an Fremdenverkehrsbetriebe verwendet. Diese aktive Gewerbepolitik ist sicherlich wünschenswerter, als Nachtlokalen eine geringere Steuerlast aufzuerlegen.

Die Frage nach den Fortsetzungsarbeiten: wir haben für 1965 für diese Arbeiten 1,4 Milliarden Schilling eingesetzt.

Montagebau: Wir sind um acht Prozent billiger, das bedeutet, daß wir 14.000 Schilling pro Wohnung ersparen. Die Anlage selbst hat 50 Millionen gekostet; sie wird in fünf Jahren voll abgeschrieben sein.

Der geringere Stand beim Personal wird durch Überstunden oder durch Fremdleistungen ausgeglichen.

Was die Sammlungen für die Armen Wiens usw. betrifft, so ist hier die Frage, sollen wir das Gefühl der Hilfsbereitschaft der Bevölkerung sterben lassen oder sollen wir es wach halten?

Der Referent erinnerte dann noch einmal daran, wie ein Vorschlag zustandekommt. Praktisch wird daran ununterbrochen gearbeitet, es kommen die Wünsche der Gemeinderäte und der Bezirksvorsteher, die von den Magistratsabteilungen gesammelt werden. So entsteht ein Wunschbudget. Erst bei der Perlustrierung überlegt man dann die Reihung.

Das Bestreben aller Diskussionsredner war es, das Kritische am Kontrollratsbericht herauszulösen. Er möchte daher, so betonte Vizebürgermeister Slavik, hier die letzte Seite des Berichtes vorlesen. Darin heißt es unter anderem: "Durch den Umfang der Wiener Stadtverwaltung, ihrer Unternehmungen und Beteiligungen lassen sich Ordnungswidrigkeiten und Unzukömmlichkeiten nie zur Gänze ausschalten. Es kann aber betont werden, daß sich der Ge-

schäftsablauf und die Gebarung durchaus in geordneten Bahnen vollzogen und Mißbräuche nennenswerten Umfanges nicht erkennbar waren. Auch das Ergebnis der Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen zeigte das Bemühen der Stadtverwaltung und ihrer Organe, in bewußter Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit für eine reine, ordnungsgemäße und wirtschaftliche Verwaltungsführung zu sorgen."

Bei der Abstimmung werden die formalen Anträge des Referenten mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen. Der Antrag über die Zuweisung der Erinnerungen wird einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende, GR. Nora Hiltl, unterbricht hierauf die Sitzung.

- - -

Morgen beginnt die Budgetdebatte

=====

11. Dezember (RK) Wie bereits berichtet, beginnen morgen Samstag, den 12. Dezember, die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1965. Die heute begonnene Sitzung des Wiener Gemeinderates wird morgen um 9 Uhr fortgesetzt. Den Bericht über das Budget erstattet der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Slavik (SPÖ). Anschließend daran folgen die Generaldebatte und die Spezialdebatte über die Geschäftsgruppe II, Finanzwesen. Auf den nächsten Seiten bringen wir den Terminplan und die Rednerliste der Budgetdebatte 1965.

./.

Wiener Gemeinderat - Rednerliste
 =====

zum Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien sowie zum Wirtschafts-
plan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1965

Bericht- erstatte r Stadtrat	Geschäfts- gruppe	Zum Wort gemeldet			
		<u>KLS</u>	<u>FPÖ</u>	<u>ÖVP</u>	<u>SPÖ</u>
VBgm. Slavik Sa 12.12.	General-u. Spezial- debatte z. GeschGr.II	Lauscher	Dr.Schmidt	Bittner	Marek
Bock Mo 14.12.	SpezDeb. GeschGr. I	Maller	Dr. Hirn- schall	Dr.Marga Hubinek	Weisz
VBgm. Mandl Mo 14.12.	Spez.Deb. GeschGr.III	Lauscher	Peter	Fröhlich Elconora Hiltl	Pfoch Liwanec
Maria Jacobi Die 15.12.	Spez.Deb. GeschGr.IV	Lauscher	Dr. Hirn- schall	Steinweis	Gertrude Sandner Srp
Dr.Glück Die 15.12.	Spez.Deb. GeschGr.V	Maller	Dr. Hirn- schall	Jos. Bauer Dr.Helene Stürzer	Dr. Gisel Ascherl
Heller Mi 16.12.	Spez.Deb. GeschGr.VI	Lauscher	Dr.Schmidt	Dipl.-Ing. Dr. Strobl Dr.Macher	Planek
Dr.Drimmel Mi 16.12.	Spez.Deb. GeschGr.VII	Lauscher	Dr.Schmidt	Neusser	Binder
Koci Do 17.12.	Spez.Deb. GeschGr.VIII	Maller	Peter	Dipl.-Ing. DDr.Strunz	Ing. Hofmann Sailer
Glaserer Do 17.12.	Spez.Deb. GeschGr.IX	Maller	Dr.Schmidt	Dkfm. Dr. Ebert Leinkauf	Windisch Jul.Fischer

Bericht- erstatter Stadtrat	Geschäfts- gruppe	<u>KLS</u>	<u>Zum Wort gemeldet</u>		
			<u>FPÖ</u>	<u>ÖVP</u>	<u>SPÖ</u>
Dkfm.DDr. Prutscher Fr 18.12.	Spez.Deb. GeschGr. X	Lauscher	Peter	Jedletz- berger, Gockner	Jodlbauer
Sigmund Fr 18.12.	Spez.Deb. GeschGr.XI	Maller	Dr. Hirn- schall	Dr.Glatzl	Sagmeister Bednar
Schwaiger Sa 19.12.	Spez.Deb. GeschGr.XII	Maller	Peter	Kowarsch	Lanc

- - -